

**Soziale Alternativen stärken**

# **Programm für Marburg 2001-2006**

**PDS** *Marburger  
Linke*

**Für ein Marburg ohne Ausgrenzung**

# Inhalt

<b>Was bisher geschah</b> .....	3
<b>Soziale Alternativen stärken</b> .....	4
<b>Wirtschaft und Arbeit</b> .....	6
Arbeitsmarktpolitische Verantwortung .....	6
Stadtwerke: Gemeinwohl statt Wettbewerbswahn .....	9
<b>Stadtentwicklung, Wohnen, Umwelt</b> .....	10
Zwischen Fachwerk und „Vercenterung“ .....	10
Eine wohnliche Stadt .....	13
Ökologisch umsteuern .....	14
<b>Verkehrspolitik</b> .....	15
Mobilität für alle .....	16
Konsequenter Ausbau des ÖPNV .....	17
Fuß- und Radverkehr bevorzugen .....	19
Förderung des Pkw-Verkehrs beenden .....	20
Es geht auch anders .....	21
<b>Sozial- und Gleichstellungspolitik</b> .....	22
Eine Stadt für Kinder .....	22
Platz für die Jugend .....	22
Frauenthemen sind kommunal .....	24
Gleichstellung für Lesben und Schwule .....	26
MarburgerInnen ohne deutschen Pass .....	27
AussiedlerInnen integrieren .....	27
Pflegebedarf abdecken .....	28
Barrieren für Behinderte beseitigen .....	29
Kein Rotstift bei der sozialen Gerechtigkeit .....	29
Armut statt Arme bekämpfen .....	31
<b>Bildung, Kultur und Sport</b> .....	32
Schulvielfalt bewahren .....	32
Kultur statt Kommerz .....	35
Sport für alle .....	36
<b>Demokratie und Selbstverwaltung</b> .....	37
Kommunale Finanzen reformieren .....	37
Verwaltungsreform, aber nicht auf Kosten der Beschäftigten .....	37
Mehr direkte Demokratie wagen .....	38
Nazis keine Chance .....	39
Internationale Verantwortung .....	40

# Was bisher geschah

Eine kleine Sensation war es, als am 2. März 1997 die PDS/Marburger Linke mit 6,16 % und vier Stadtverordneten den Sprung ins Marburger Stadtparlament schaffte. Fernsehen, taz und Focus stürzten sich auf Pia Maier, Eva Gottschaldt, Henning Köster und Heiner Walter, die erstmals mit einer PDS-Liste im Westen die fünf Prozent übersprungen hatten. Genau genommen war es ein Wahlbündnis aus PDS und Einzelpersonen, das diesen Erfolg ermöglicht hatte.

„Opposition ins Parlament“ war damals unsere Losung, mit der wir dem „Marburger Modell“, der Zusammenarbeit aller Fraktionen im Stadtparlament, zu Leibe rückten. Wir hatten eine konstruktive Opposition versprochen, die sowohl beinhaltete, um Mehrheiten für unsere Vorschläge zu ringen, anderen Fraktionen punktuelle Zusammenarbeit bei Übereinstimmungen anzubieten als auch gleichzeitig entschiedenen Widerstand gegen Vorhaben zu leisten, die sozialen oder ökologischen Kriterien widersprachen.

Große Umwälzungen zum Besseren haben seitdem in Marburg nicht stattgefunden. Der Handlungsspielraum der Stadt und erst recht der einer kleinen linken Fraktion ist bescheiden angesichts der Umverteilungspolitik in Berlin und Wiesbaden, die die kommunalen Haushalte immer mehr ausbluten lässt.

Aber an einigen Veränderungen in Marburg ist die PDS/Marburger Linke nicht ganz uneteiligt. Das „Marburger Modell“ ist hin. Die „kleineren Übel“ SPD und Grüne haben das Sagen. Ohne das wohlwollende Stimmverhalten der PDS/Marburger Linke wären Bürgermeister Vaupel und Stadträtin Kober nicht gewählt worden.

Die konstruktive Politik der PDS/Marburger Linke und der Respekt gegenüber den Anschauungen der anderen Stadtverordneten haben dazu beigetragen, die Isolation der Linken im Parlament aufzubrechen und bescheidene

Erfolge zu erzielen. Von 60 Anträgen, die die PDS/Marburger Linke bis Dezember 2000 im Stadtparlament stellte, war immerhin 19 ein Erfolg beschieden.

Dass ausbildende Betriebe bei städtischen Aufträgen bevorzugt werden, jährlich der Deportation der Sinti und Roma gedacht wird, der Demnitz-Weg umbenannt wurde, die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger bei der Stadtplanung verbessert und eine Mobilitätszentrale eingerichtet werden soll, ist auf Anträge der linken Fraktion zurückzuführen.

Bei anderen Themen stand sie hingegen allein, auch wenn sie ab und an die anderen Fraktionen in den Schwitzkasten nehmen konnte. Die Privatisierung der Stadtwerke konnte die PDS/Marburger Linke zwar nicht verhindern, aber sie trug mit dazu bei, dass eine umfangreiche Bestandsgarantie für die Beschäftigten abgegeben werden musste. Eine bessere Information der Bevölkerung über die Sozialhilfe wurde bereits zweimal mit den Stimmen aller anderen Fraktionen abgelehnt. Als die linke Fraktion während des Jugoslawienkrieges forderte, dass nicht nur die albanischen Flüchtlinge, sondern auch alle Bombenopfer und später die serbischen Flüchtlinge humanitäre Hilfe der Stadt erhalten sollten, verhinderten die anderen Fraktionen eine Debatte und strichen einen diesbezüglichen Antrag der PDS/Marburger Linke von der Tagesordnung.

Diese Mischung aus Kooperation und Konfrontation wird das linke Bündnis auch in der Zukunft beibehalten. Das vorliegende neue Programm, das nach Gesprächen mit einer Reihe von Initiativen und Verbänden erarbeitet worden ist, bietet dafür eine gute Grundlage. Es beschränkt sich größtenteils auf Forderungen, die im kommunalen Rahmen verwirklicht werden können. Es zeigt aber auch auf, wo durch finanzielle Einschränkungen oder durch Bund und Land Grenzen gesetzt sind, die es zu beseitigen gilt.

# Soziale Alternativen stärken

Die Einnahmen im Haushalt der Stadt Marburg beliefen sich 1999 auf 2.819 DM pro Bürgerin und Bürger. Das waren 190 DM weniger als im Jahr 1993. Berücksichtigt man die Geldentwertung, dürften die Einnahmen um über 15 % gesunken sein. Dies ist umso erstaunlicher, als zum Beispiel in Hessen im gleichen Zeitraum die Wirtschaftsleistung (das Bruttoinlandprodukt) pro Kopf von 49.420 DM auf 57.592 DM gestiegen ist. In anderen Bundesländern und Kommunen ist die Lage ähnlich.

Schrumpfende kommunale Haushalte und wachsender Wohlstand sind nur scheinbar ein Widerspruch. Die Öffentliche Hand wird durch die Politik in Berlin und Wiesbaden absichtlich arm gemacht. Nur so können die Steuerbesenken an die Unternehmen und Großverdienenden finanziert werden. Es kann außerdem Druck auf Länder und Kommunen gemacht werden, Sozialleistungen einzuschränken, bestimmte Dienstleistungen an Privatunternehmen abzugeben und öffentliche Einrichtungen zu privatisieren. Das Verscherbeln des Tafelsilbers stopft zwar kurzfristig Haushaltslöcher, es geht aber auch ein Stück demokratischer Kontrolle verloren. Privatisierte Betriebe haben nicht mehr das Allgemeinwohl im Auge. Eine Ausdünnung des Angebots, Arbeitsplatzabbau und Lohndrückerei sind oft die Folge.

Während die Länder sich über den Bundesrat noch gegen diese Sparorgien wehren können, sind die Kommunen der Ausplünderung schutzlos ausgeliefert.

Die kommunale Selbstverwaltung wird durch diese Politik immer weiter ausgehöhlt. Die meisten Gelder der Stadt sind zweckgebunden. Die Finanzierung des neuen Marburger Freizeitbades ist deshalb eine schwierige Aufgabe. Jedes Jahr geraten die Posten für soziale und kulturelle Projekte unter Druck. Meist werden die Ausgaben eingefroren, was, angesichts steigender Preise, realen Kürzungen gleichkommt. Dass durch diese schwierige Fi-

nanzlage auch der Behring-Tunnel unbezahlbar wird, ist nur ein schwacher Trost.

Die Folgen dieser neoliberalen Politik sind auch in Marburg augenfällig. Um die Gemeindekassen zu füllen, tobt der Standortkrieg zwischen den Städten. Jede will der anderen möglichst viel Kundschaft abspenstig machen. Da für Investitionen der Stadt immer weniger Gelder da sind, werden die Filetstücke Privatinvestoren überlassen. Dass es diesen um Profit und nicht um Architektur geht, macht nicht nur das Erlingcenter, sondern auch die restliche Bebauung in der „Neuen Marburger Mitte“ deutlich.

Auf der Jagd nach den Schlüsselzuweisungen des Landes wird die Zersiedelung vorangetrieben, um neue EinwohnerInnen nach Marburg zu locken.

Folge der Wettbewerbshysterie ist auch die Umwandlung der Stadtwerke in eine GmbH & Co. KG, womit der Weg für den Einstieg von Privatunternehmen geöffnet wurde. Eine Verteuerung und Verschlechterung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) ist absehbar.

Angesichts dieser Rahmenbedingungen sind linker Kommunalpolitik in Marburg solange enge Grenzen gesetzt, wie auf Landes-, Bundes- und neuerdings sogar auf der europäischen Ebene nicht ein Kurswechsel stattfindet und mit den neoliberalen Dogmen gebrochen wird.

Die PDS/Marburger Linke ist der Meinung, dass einer Politik, die Wettbewerb und Profit über alles stellt und das Allgemeinwohl immer mehr zu einem Fremdwort werden lässt, auf allen Ebenen Widerstand entgegengesetzt werden muss. Deshalb hat die linke Fraktion den Haushaltsplänen der Stadt ihre Zustimmung verweigert und die Privatisierung der Stadtwerke abgelehnt. Gebührenerhöhungen hat sie in keinem Fall zugestimmt.

Trotz der engen finanziellen Spielräume ist es dennoch nicht egal, welche politische Richtung in Marburg das Sagen hat, denn gerade

mit knappen Geldmitteln sollte vernünftig umgegangen werden.

Es macht einen Unterschied

- ob das neue Schwimmbad oder der Behring-Tunnel finanziert werden;
- ob Radwege und Gehsteige ausgebaut oder Kreisverkehre eingerichtet werden;
- ob SozialhilfeempfängerInnen Arbeit angeboten werden kann oder 2 Mio. DM für die Privatisierung der Stadtwerke verjubelt werden;
- ob den ermordeten Sinti und Roma gedacht wird oder die Stadt eine Patenschaft für ein Kriegsschiff der Marine übernimmt;

- ob die BürgerInnen bei der Stadtentwicklung mitentscheiden können oder der Oberbürgermeister mit seinem x-ten Veto gegen Verkehrsberuhigungsmaßnahmen durchkommt. Das vorliegende Programm, das keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt, zeigt, dass es in vielen Fällen soziale, ökologische und wirtschaftliche Alternativen zur gegenwärtigen Politik gibt, die bereits unter den heutigen Rahmenbedingungen zu verwirklichen sind. Andere hier aufgeführte Forderungen sind noch Zukunftsmusik. Sie können erst umgesetzt werden, wenn in Berlin ein Politikwechsel durchgesetzt wird.



Eva Gottschaldt, Pit Metz, Anke Richter, Alexandra Smith, Pia Maier, Astrid Kolter, Nico Biver, Henning Köster

## Unsere KandidInnen

1. Eva Chr. Gottschaldt, 47, Fraktionsvorsitzende, selbständige Fremdsprachensekretärin
2. Henning Köster, 51, Stadtverordneter, Lehrer
3. Anke Richter, 22, Studentin, RUM-Mitarbeiterin
4. Dennis Egginger, 20, Zivildienstleistender
5. Astrid Kolter, 19, Schülerin, Vorsitzende des Kinder- und Jugendparlamentes
6. Pit Metz, 47, Betriebsratsvorsitzender der Blista
7. Alexandra Smith, 33, Fremdsprachensekretärin, britische Staatsangehörige
8. Nico Biver, 45, Angestellter, Stadtverordneter, luxemburgischer Staatsangehöriger
9. Pia Maier, 29, Bundestagsabgeordnete
10. Bernd Hannemann, 50, Sozialarbeiter und 24 weitere KandidInnen

# Wirtschaft und Arbeit

## Arbeitsmarktpolitische Verantwortung

In Marburg gab es Mitte 1998 rund 32.700 versicherungspflichtig Beschäftigte. Das entsprach einem Anteil von 44,4 % des gesamten Landkreises Marburg-Biedenkopf. 19.000 der Beschäftigten kamen aus anderen Gemeinden. Gleichzeitig pendeln rund 5.400 Frauen und Männer aus Marburg in umliegende Gemeinden, nach Gießen, in den Lahn-Dill-Kreis und das Rhein-Main-Gebiet. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen belief sich im September 2000 auf insgesamt 2.468.

Auch wenn bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vor allem die Bundesregierung gefordert ist, darf Marburg sich nicht vor seinem Teil der Verantwortung für mehr sinnvolle Beschäftigung drücken. Diese kann sich nicht darin erschöpfen, Gewerbeflächen für neue Kaufhäuser zur Verfügung zu stellen. Da die Mark bekanntlich nur einmal ausgegeben werden kann, werden im günstigsten Fall nur bereits vorhandene Arbeitsplätze in Marburg oder den Nachbargemeinden ersetzt. Im schlimmsten Fall – bei Großkaufhäusern, vor allem bei solchen auf der grünen Wiese – gehen sogar erheblich mehr Arbeitsplätze im Einzelhandel verloren, als neue geschaffen werden.

Es besteht ein Bedarf an Arbeitsplätzen in Bereichen, die nicht für einzelne VerbraucherInnen Produkte erzeugen oder Dienstleistungen erbringen, sondern einen gesellschaftlichen Bedarf decken. Hierzu gehören zum Beispiel der Öffentliche Nahverkehr, der Umweltschutz und andere Leistungen. In diesen Bereichen soll durch einen Öffentlich geförderten Beschäftigungssektor (ÖBS) Arbeit statt Arbeitslosigkeit bezahlt werden. Auch wenn der ÖBS in erster Linie auf Bundes- und Landesebene umgesetzt werden muss, gilt es auch

jetzt schon, auf allen Ebenen darauf hinzuwirken, dass die verschiedenen Beschäftigungsgesellschaften finanziell besser ausgestattet werden.

Des Weiteren stellt die Einrichtung von „Gewerbeparks“, in denen mehrere kleine bzw. neu gegründete Unternehmen kostengünstig zusammen arbeiten können (mit gemeinsamen Räumen, Telefonzentralen, Sekretariaten usw.), eine Möglichkeit für Neueinstellungen dar, die einzeln von den Unternehmen nicht vorgenommen würden.

Das in Marburg vorhandene produktive Potenzial muss genutzt und regionale Wirtschaftskreisläufe müssen gefördert werden. Die Ansiedlung von Gewerbe, das eine Nachfrage in der Region decken kann, die bisher nicht von lokalen Betrieben befriedigt wird, sollte unterstützt werden.

Bei der Auftragsvergabe öffentlicher Einrichtungen muss die regionale Wirtschaft bevorzugt werden. Dies setzt aber oft voraus, dass die Vergabeordnungen so angewandt und gegebenenfalls so abgeändert werden, dass nicht das vermeintlich kostengünstigste Angebot den Zuschlag bekommt, sondern ökologische und soziale Kriterien berücksichtigt werden.

Die PDS/Marburger Linke fordert, dass Aufträge der Stadt nur an Unternehmen vergeben werden, die

- tarifgerechte Löhne zahlen,
- sich an die im Betriebsverfassungsgesetz geregelte Mitbestimmung halten,
- Frauen, entsprechend ihrem Anteil an der Bevölkerung bzw. an der Arbeitslosigkeit einstellen,
- ausreichend Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen und
- ausreichend Behinderte beschäftigen.

## Potenziale der Universität nutzen

In Universität und Kliniken arbeiten 7.300 Beschäftigte. An der Hochschule studieren

18.000 Menschen. Die kaufkräftige Nachfrage, die dadurch in die Stadt fließt, schätzen wir auf 500 Mio. DM. Zusammen mit den Ausgaben der Universität für Sachmittel und Dienste sichert die Universität schätzungsweise weitere 1.800-2.000 Arbeitsplätze. Dabei sind Investitionsvorhaben, die mit Landesmitteln getätigt werden, noch nicht berücksichtigt.

Die Hochschulpläne der Landesregierung bevorzugen Südhessen und konzentrieren – vorgeblich zur Einsparung von Finanzmitteln – Fachbereiche an einzelnen Universitäten. Die Marburger Heil- und Sonderpädagogik wurde bereits zugunsten des Standortes Gießen abgeschafft.

Mit Recht wird im Regionalplan Mittelhessen kritisiert, dass im Landesentwicklungsplan die Zielzahlen für die mittelhessischen Universitäten „gegenüber dem Bestand deutlich reduziert werden, wohingegen sie an der Universität Frankfurt weiter angehoben werden.“

Um die Potenziale der Universität auch für die Marburger Wirtschaftsentwicklung nutzbar zu machen, ist eine bessere Zusammenarbeit zwischen Stadt und Hochschule erforderlich. Die Idee, ein naturwissenschaftliches Existenzgründungszentrum aufzubauen, sollte wie andere ähnliche Vorhaben von der Stadt unterstützt werden.

Damit hätten Projekte, die an der Hochschule entwickelt werden, die Chance, vorhandene Logistik zu nutzen. Die AbsolventInnen und ExistenzgründerInnen könnten weiter auf den Sachverstand der Universität zugreifen, ohne Ortswechsel ins Berufsleben einsteigen und bräuchten keine Gewerbesteuern auf der grünen Wiese zu suchen.

Allerdings ist bei diesen Projekten in Zukunft darauf zu achten, dass die Stadt nicht – wie im Falle des Softwarecenters Marburg (SCM) – über den Tisch gezogen wird. Falsche Ertragsberechnungen und ein Firmenkonstrukt, durch das die Stadt am kürzeren Hebel saß, führten dazu, dass die auf einem Schuldenberg sitzen blieb, während das eine oder andere Unternehmen im SCM auf dem Weg zur Börse ist.

## **Gewerbegebiete mit angrenzenden Gemeinden entwickeln**

Trotz eines Rückgangs der Beschäftigtenzahl zwischen 1992 und 1998 um 11 Prozent, hat das verarbeitende Gewerbe mit 6.600 Beschäftigten (Juni 1998) nach wie vor große Bedeutung für Marburg. Besonderes Gewicht haben die Nachfolgeunternehmen der Behringwerke, die mehr als 3.000 Beschäftigte zählen.

35 bis 40 Prozent der Angestellten und ArbeiterInnen dieser Wirtschaftsabteilung sind in Klein- und Mittelbetrieben mit weniger als 200 Beschäftigten tätig. Für Neugründungen und Betriebserweiterungen aus der produktiven Substanz der Stadt mangelt es an Flächen zu Preisen, die der Finanzkraft dieser Unternehmen entsprechen. Generell gilt, dass das Angebot an Marburger Gewerbeflächen begrenzt ist.

Die PDS/Marburger Linke setzt sich deshalb dafür ein, Gewerbegebiete gemeinsam mit den angrenzenden Gemeinden zu entwickeln, wie es im Kreis – etwa zwischen Angelburg und Steffenberg – teilweise bereits geschieht.

Vor allem die Handwerksbetriebe spielen eine wichtige Rolle hinsichtlich qualifizierter Arbeits- und Ausbildungsplätze. Ihre Entwicklung ist in jeder Weise zu fördern. Die Bundestagsfraktion der PDS setzt sich für eine Neugestaltung des völlig unzureichenden MeisterBAFÖG ein und verlangt eine Herabsetzung der Mehrwertsteuer für Reparaturleistungen, was auch ökologisch sinnvoll wäre.

## **Vorrang für einheimisches Baugewerbe**

Im Bauhaupt- und Ausbaugewerbe waren Mitte 1998 noch mehr als 800 ArbeitnehmerInnen beschäftigt. Der Rückgang der Zahl der Beschäftigten gegenüber 1992 war in der Stadt mit -25 % etwas größer als im Kreis (-21 %) und im Land (-16 %).

Möglichkeiten der Kommunen, dem Niedergang der Bauinvestitionen entgegenzuwirken, sind wegen der kommunalen Finanzschwäche beschränkt. Damit einheimische Unternehmen

in Stadt und Kreis größere Chancen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge haben, fordert die PDS/Marburger Linke, dass

- die Möglichkeiten der Verdingungsordnung für Bauleistungen (VOB) kreativ ausgeschöpft werden: Das billigste Angebot ist häufig nicht das wirtschaftlichste;
- Aufträge soweit wie möglich nach Gewerken und Losgrößen differenziert werden, damit auch kleinere Unternehmen Chancen auf einen Zuschlag haben;
- als Beitrag für eine nachhaltige Energiewirtschaft im Rahmen der Lokalen Agenda 21, eine schrittweise Modernisierung und Erneuerung aller Heiz- und Klimaanlageanlagen in den stadteigenen Gebäuden stattfindet.

Das Einsparpotenzial moderner Heizanlagen mit der entsprechenden Mess- und Regeltechnik ist schon im Vergleich mit denen, die vor zehn Jahren installiert wurden, beträchtlich. Je nach dem Alter der Anlagen und der baulichen Gestalt und Ausstattung der Einrichtung, können die Einsparungen so enorm sein, dass sich die Erneuerungsmaßnahme allein über gesparte Kosten tilgt, verzinst und abschreibt. Entsprechende Umsetzungsmodelle wären mit den Marburger Stadtwerken, dem örtlichen Gewerbe und unter Umständen sogar mit Firmen für Heiz- und Klimaanlageanlagen aus der Region auszuhandeln.

## Stop für Einkaufs-Center

Die Beschäftigtenzahl im Handel ging zwischen 1992 und 1998 von 3.700 auf 3.500 zurück. Der im Hinblick auf die wohnortnahe Versorgung und die Beschäftigung wichtigste Zweig – der Einzelhandel – litt in den vergangenen Jahren unter

- den stagnierenden Nettoeinkommen der Erwerbstätigen,
- der wachsenden Arbeitslosigkeit mit verringertem Einkommen der Arbeitslosen,
- der Konkurrenz von Angeboten auf der „grünen Wiese“,
- den neuen Ladenschlusszeiten, die nicht nur den abhängig Beschäftigten, sondern auch den Selbständigen und den mithelfenden

Familienangehörigen des Facheinzelhandels das Leben schwer machten.

Die PDS/Marburger Linke lehnt daher jede weitere Verlängerung der Ladenöffnungszeiten ab.

Wir wenden uns entschieden gegen weiteren großflächigen Einzelhandel in der Stadt – etwa am Afföller, wo die Einzelhandelskette Lidl ein größeres Gelände erworben hat – und in ihrer Umgebung. Ein Arbeitsplatz in diesen Einkaufszentren vernichtet erfahrungsgemäß zwei bis drei Arbeitsplätze an traditionellen Standorten.

Der Einzelhandel in der Oberstadt und in Weidenhausen verdient besonderen Schutz, weil von seinen Erträgen zum Teil auch die Instandhaltung der historischen Gebäudesubstanz finanziert wird. Es muss ein differenziertes Angebot abgesichert werden, das auch die Grundversorgung der AnwohnerInnen beinhaltet.

## Nachbarschaftsläden fördern

Mit Ausnahme von Elnhausen und Schröck gibt es in den 1972 eingemeindeten Stadtteilen keine Lebensmittelläden mehr. Wir regen an, dass mit tatkräftiger Unterstützung der Kommune, zumindest in einem der Ortsteile ohne Laden, ein Modellprojekt „Nachbarschaftsladen – Alles unter einem Dach“ auf den Weg gebracht wird. Sollten die Erfahrungen positiv sein, könnten ähnliche Projekte auch in anderen Stadtteilen initiiert werden.

Ein solcher Laden, der von den EinwohnerInnen des Stadtteils tatkräftig unterstützt werden muss, könnte neben dem Angebot an Lebensmitteln, weitere vielfältige Service-Angebote zusammenfassen: Postagentur, falls es keine Poststelle mehr gibt, Lotto-Toto-Annahmestelle, Annahmestelle für Reinigungs- und Reparaturarbeiten, Fotoservice, Kartenverkauf für Veranstaltungen, Kopierer, ein (Internet)-Café mit Plauderecke usw.

Falls Interesse besteht, sollten auch die noch existierenden Läden in Elnhausen und Schröck mit Elementen der aufgezählten Serviceleistungen aufgestockt werden.

## Arbeitsplätze im Verkehr

Durch den Personalabbau bei Bahn und Post, der vor allem bei der Bahn mit großen Verlusten an Marktanteilen im Personen- und Güterverkehr verbunden war, ist dieser Wirtschaftszweig in Marburg auf eine Restgröße von ca. 400 ArbeitnehmerInnen geschrumpft. Allein zwischen 1992 und 1998 gingen 61 % aller Arbeitsplätze verloren.

Hier kommt es zunächst darauf an, weitere Streckenstilllegungen, Ausdünnungen der Fahrpläne und Qualitätseinbußen zu verhindern. Es sind alle Möglichkeiten zu nutzen, den schienengebundenen Verkehren bei Personen und Gütern einen wieder wachsenden Marktanteil zu sichern. Das schafft auch Arbeitsplätze.

Zudem ist das Serviceangebot der Bahn – verantwortlich ist hier auch der Rhein-Main-Verkehrsverbund (RMV) – in Marburg völlig unterentwickelt, regelrecht kundenfeindlich. Es gibt in ganz Deutschland keine Stadt mit 85.000 EinwohnerInnen, die ihren Bahnhof bereits um 21.30 Uhr schließt und jahrelang über keine gastronomischen Einrichtungen verfügt. Die gegenwärtigen Umbaumaßnahmen, die äußerst schleppend vonstatten gehen, sind keine Entschuldigung für diese Missstände. Der Magistrat der Stadt ist aufgefordert, Druck auf die Bahn auszuüben, um diesen unhaltbaren Zustand zu beenden.

## Den Markt zügeln

Die mangelnde Ausbildungsbereitschaft der Wirtschaft war Thema des ersten Antrags der PDS/Marburger Linke im Stadtparlament. Die Mehrheit stimmte im Mai 1997 der Forderung zu, dass ausbildende Betriebe bei der Vergabe städtischer Aufträge bevorzugt werden sollten.

Mit der Bedrohung des Einzelhandels in der Altstadt durch immer neue Center und Großkaufhäuser befassten sich mehrmals Anträge der linken Fraktion. Dabei ging es einerseits darum, diese Problematik gutachter-

## Stadtwerke: Gemeinwohl statt Wettbewerbswahn

Im Juni 2000 wurden die Stadtwerke privatisiert und damit weitgehend der öffentlichen Kontrolle entzogen. Die Stadtwerke GmbH & Co. KG gehört zwar noch der Stadt, aber sie wird in Zukunft wie jedes andere Privatunternehmen wirtschaften müssen, wenn sie die Konkurrenz mit den Energiemonopolen oder den Wasser- und Nahverkehrs-Multis überleben will. Umsatz- und Gewinnsteigerung werden an erster Stelle stehen und nicht soziale oder ökologische Belange. Denn anders als früher, als sie ein Eigenbetrieb waren, können die Stadtwerke jetzt in Konkurs gehen. In Zukunft werden die Interessen der Stadtwerke und die der Allgemeinheit nicht immer deckungsgleich sein. Es wird Interessenkonflikte zwischen der Berücksichtigung sozialer und ökologischer Ziele in der Angebots- und Tarifstruktur und dem wirtschaftlichen Erfolg der Stadtwerke geben.

Die PDS/Marburger Linke hat die Privatisierung als einzige Fraktion im Stadtparlament abgelehnt und fordert, dass sie wieder rückgängig gemacht wird. Sie hat gleichzeitig dafür ge-

lich untersuchen zu lassen und andererseits um die Entwicklung von Gegenstrategien zusammen mit den Betroffenen.

Bei diesem Thema war ebenso wenig eine Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung zu gewinnen wie bei dem Versuch, die Privatisierung der Stadtwerke zu verhindern oder zumindest eine öffentliche Diskussion zu ermöglichen. Immerhin gelang es, durchzusetzen, dass die Stadtwerke an die Tarifverträge im öffentlichen Dienst gebunden bleiben, obwohl ein diesbezüglicher Antrag der PDS/Marburger Linke nicht zur Abstimmung zugelassen wurde.

kämpft, dass die Beschäftigten nicht die Zeche zahlen müssen. Nicht zuletzt durch ihre Unterstützung kam ein Überleitungsvertrag zwischen Stadt, Personalrat und Gewerkschaft ÖTV zustande, in dem die Rechte der Beschäftigten weitgehend garantiert werden. Dennoch ist mit einem Arbeitsplatzabbau zu rechnen. Es besteht die Gefahr dass z.B. Buslinien, die weniger genutzt werden, gestrichen oder ausgedünnt und andere an private Bus-Unternehmen vergeben werden, die durch Lohndumping ihre Verkehrsleistungen kostengünstiger anbieten können. Außerdem ist vorgesehen, die Fahrpreise weiter zu erhöhen.

Die PDS/Marburger Linke lehnt es ab,

- dass Teile der Stadtwerke verkauft werden;
- dass Privatunternehmen bei den Stadtwerken einsteigen;
- dass die Stadtwerke Leistungen durch andere Unternehmen erledigen lassen, bei denen schlechtere Tarifverträge gelten.

Die PDS/Marburger Linke wird genau beobachten, ob bei der Geschäftspolitik der Stadtwerke soziale und ökologische Kriterien noch eine Rolle spielen.

Um dies sicherzustellen und um zu erreichen, dass das Allgemeinwohl beim ÖPNV sowie bei

der Gas-, Strom- und Wasserversorgung zum Tragen kommt, wird die PDS/Marburger Linke

- durch entsprechende Anträge versuchen, dass die Stadtverordnetenversammlung Position bezieht;
- darauf hinwirken, dass die Stadt einen Vertrag mit den Stadtwerken über das ÖPNV-Angebot abschließt. In diesem Plan wird nach breiter öffentlicher Diskussion das gesamte Angebotsprofil des ÖPNV (Streckenführungen, Taktzeiten, usw.) sowie die Preisstruktur festgelegt. Diese Angebots- und Tarifvorstellungen sollen zusammen mit sozialen Kriterien für die Beschäftigten zukünftig als Vergabeverordnung für eine eventuelle Ausschreibung des ÖPNV dienen;
- fordern, dass die Stadt sinnvolle Angebote, die sich für die Stadtwerke betriebswirtschaftlich nicht rechnen, aus eigenen Mitteln subventioniert;
- dafür eintreten, dass die Stadt, um soziale, ökologische und verkehrspolitische Ziele zu erreichen, Fahrkarten für bestimmte Bevölkerungsgruppen (z.B. SchülerInnen, SozialhilfeempfängerInnen usw.) weiterhin und verstärkt bezuschusst.

# **Stadtentwicklung, Wohnen, Umwelt**

## **Zwischen Fachwerk und „Vercenterung“**

In den 60er Jahren lagen die Pläne für den Abriss der Oberstadt in der Schublade. Das Stadtbild prägende Bauten waren bereits reihenweise dem Abrisswahn zum Opfer gefallen. Anfang der 70er Jahre markierte die Stadtautobahn den traurigen Höhepunkt der autogerechten Stadt.

Erst dann kam es nach heftigen Protesten zu einem Kurswechsel, durch den bis Ende der

80er Jahre das Stadtbild bewahrt und die Oberstadt vorbildlich saniert wurde.

Vor dem Hintergrund des heraufziehenden Standortkrieges zwischen den Städten und der leeren Haushaltskasse rissen CDU, SPD, Grüne und BfM schließlich das Ruder wieder herum. Eine neue Marburger Mitte aus Einkaufszentren, Banken, Großkino und Parkhäusern sollte von sog. Investoren zwischen Mensa-Ohr und Oberstadtfahrstuhl hochgezogen und durch eine Kunsthalle schmackhaft gemacht werden.

Zu diesem Zweck

- ließ man das Luisabad verkommen und anschließend abreißen;
- wurde das Biegentviertel gegen massiven

Widerstand zerstört, um dem Sorat-Hotel Platz zu machen;

- soll gegenüber dem Erlenringcenter, gegen den Widerstand der WeidenhäuserInnen, ein weiteres Großkauf- und -parkhaus errichtet werden.

Die PDS/Marburger Linke hat diese Pläne nicht nur aus architektonischen Gründen abgelehnt, sondern auch weil sie, entgegen den Behauptungen der anderen Parteien, die Meinung vertritt,

- dass der bestehende Einzelhandel in der Oberstadt und in Weidenhausen sowie die Kinolandschaft durch Überkapazitäten in der neuen Marburger Mitte ernsthaft Schaden nehmen und
  - dass die neuen Konsumtempel den Verkehr in der Innenstadt weiter verstärken werden.
- Auf der Plusseite der Marburger Stadtentwicklung verbleibt vor allem die Umwandlung der ehemaligen Bundeswehrkasernen und das Bemühen, die schlimmsten Auswüchse der Richtsbergbebauung zu beschneiden.

## **BürgerInnen einbeziehen**

Die zunehmende Kritik an der bisherigen Politik, die zuletzt vor allem vom Aktionsforum Stadtentwicklung vorgetragen wurde, nährt die Hoffnung, dass künftig weniger über die Köpfe der BürgerInnen hinweg entschieden wird.

- Wir fordern eine qualitativ verbesserte BürgerInnenbeteiligung, sowohl bei der Stadtentwicklungspolitik in ihrer Gesamtheit, als auch in den einzelnen Stadtteilen und Planungsräumen.

Das bedeutet im Einzelnen die Einrichtung sowohl zentraler als auch dezentraler Beteiligungsgremien und -prozesse.

In den zentralen stadtweiten Beteiligungsprozessen soll ein Leitbild für die weitere Stadtentwicklung erarbeitet und den städtischen Gremien mit dem Ziel eines Stadtentwicklungsplanes vorgelegt werden.

Es ist dringend erforderlich, dass die Stadtentwicklungsplanung ihre bisherigen Insel-sichten aufgibt und eine „ganzheitliche Sicht der Stadtentwicklung“ gewinnt (Ideenwettbe-

werb Stadt 2030).

In den dezentralen Gremien soll den BürgerInnen, nach dem Vorbild des Projekts „Soziale Stadt“, die Möglichkeit gegeben werden, frühzeitig und dauerhaft Einfluss auf die jeweilige Stadtteilentwicklung (z.B. Bahnhofsviertel, Fronhof, nördliche Altstadt) zu nehmen.

## **Privatisierung öffentlicher Räume stoppen**

Stadtentwicklungspolitik stand in den vergangenen Jahren im Zeichen einer zunehmenden Privatisierung des öffentlichen Raumes. Dies ist insbesondere in der Oberstadt zu beobachten. Passantinnen und Passanten, Kindern und Randgruppen wurde Platz genommen zugunsten der Vermietung öffentlichen Raumes an Geschäftsleute und Gaststätten. Bänke wurden abgebaut, um nicht erwünschte Personen fernzuhalten, die das Bild einer heilen Konsumwelt stören könnten (vgl. Abschnitt „Armut statt Arme bekämpfen“).

- Wir fordern die dauerhafte Installation von nichtkommerziellen Sitzmöglichkeiten und Spielgeräten in den Einkaufsstraßen.

Die Stadtentwicklungspolitik der anderen Parteien war fast ausschließlich von Gewinninteressen der Investoren bestimmt. Die Bereitstellung von neuen Gebäuden und Flächen für die kulturellen und nichtkommerziellen Freizeitinteressen der BürgerInnen dieser Stadt bleiben dabei völlig außen vor. Damit muss Schluss sein.

- Wir fordern die Ausweisung eines geeigneten Gebäudes für ein Museum der Geschichte des Alltags der MarburgerInnen, die z.B. als Handwerker im Bereich der Lahn lebten und arbeiteten.

Zehn Jahre nach Schließung des Luisabades entsteht endlich das neue Kombibad. Dies darf nicht zu Leistungseinschränkungen bei anderen Bädern führen.

- Wir fordern die weitere Vollzeitöffnung des Hallenbades in Wehrda und des Europabades.

## Marburger Stadtbild verteidigen

Durch die „Vercenterung“ wurde dem Bild der Stadt schwerer Schaden zugefügt. Es bleibt nun zu hoffen, dass in den neuen Kaufhäusern wenigstens Leben einzieht und nicht Leerstände überhand nehmen.

In Zukunft sollte Marburg wieder verstärkt das betonen, was es von anderen Städten unterscheidet: seine interessante Topographie, die reizvolle Lage, die, trotz der ungelösten Verkehrs- und Lärmprobleme, hohe Wohnqualität, die vielgestaltige Schullandschaft, die Universität, sein mittelalterliches Stadtbild.

Deshalb ist es auch notwendig, die unterirdischen Zeugnisse der langen Geschichte Marburgs zu erforschen und zu bewahren. Dies darf sich nicht auf Notgrabungen bei Großprojekten beschränken, die unter dem Zeitdruck der Investoren stattfinden müssen.

## Center gebremst?

Als die PDS/Marburger Linke ins Stadtparlament kam, waren die Weichen für die „Vercenterung“ der Marburger Mitte bereits gestellt. Warnungen vor einer weiteren Zunahme des Verkehrs in der Innenstadt, der Bedrohung des Einzelhandels der Oberstadt und Weidenhausens sowie der Verschandelung des Stadtbildes wurden von allen anderen Fraktionen in den Wind geschlagen.

Die Anträge der PDS/Marburger Linke gegen diese Entwicklung fanden keine Mehrheit. Selbst ihrer Forderung von 1998, den Verfall des denkmalgeschützten Biedermeierhäuschen auf dem Schlachthofgelände zu stoppen, ist bis heute nicht nachgekommen worden.

Trotz der öffentlichen Proteste gegen ein neues Kaufhaus auf dem Feeser-Gelände, fand ein diesbezüglicher Antrag der linken Fraktion keine Mehrheit. Aber das Stadtparlament stimmte einer Initiative der PDS/Marburger Linke zu, ein Konzept zur Verbesserung der BürgerInnenbeteiligung bei der Stadtentwicklung zu erarbeiten

Deshalb fordern wir:

- die Schaffung einer Stelle für Stadtarchäologie mit der Aufgabe, die unterirdische Kultur- und Sozialgeschichte Marburgs zu erforschen, zu kartieren und zu erhalten.

Nach der vorbildlichen Sanierung der westlichen Altstadt ist bei der endlich anlaufenden Norderweiterung der Altstadtansanierung auf Folgendes zu achten:

- Einbeziehung der im Planungsgebiet liegenden Straßenräume und Stellplatzanlagen. Hier muss es zu einer Verbesserung der Gestaltungsqualität kommen, die dem historischen Ambiente der Elisabethkirche und der Ketzerbach sowie den berechtigten Anliegen der KetzerbachbewohnerInnen nach Entlastung von dem enorm hohen Verkehrsaufkommen gerecht wird;
- die vom Aktionsforum vorgeschlagene symbolische Sichtbarmachung des ehemaligen Bachverlaufs nach dem Vorbild Freiburgs, zur Verdeutlichung des Alleincharakters der Ketzerbach;
- Aufwertung der Ketzerbach als Wohn- und Einkaufsstraße durch die Verlagerung eines Teils der Parkplätze (Wiederaufnahme der Verhandlungen mit der Universität zur Mitnutzung der Parkplätze am pharmazeutischen Institut).

## Bahnhofsviertel aufwerten

Das Bahnhofsviertel ist gekennzeichnet durch unterschiedlichste Nutzungen, wie konzentrierte Wohnbebauung, ein breites Sortiment von Geschäften, Weiterbildungsträger, Arzt- und Anwaltspraxen, gastronomische Betriebe und nicht zuletzt die Bahnanlagen. Dazu zählen das dringend renovierungsbedürftige Bahnhofsgebäude, ihre großflächigen Gleisanlagen, die z.T. perspektivisch aufgegeben werden sollen und die bereits geräumten und erst teilweise durch sozio-kulturelle Aktivitäten wiedergenutzten Zweckgebäuden wie Waggonhalle und Lokschuppen.

Erfreulicherweise scheint von der Stadtplanung endlich erkannt worden zu sein, dass die Wohn-, Arbeits- und Einkaufsqualität in die-

sem Bereich durch die erheblichen Verkehrsströme, die dieses Viertel so fest im Griff haben, wie wohl keinen anderen Planungsbereich in der Stadt, erheblich beeinträchtigt sind.

Die Lärmemissionen der Stadtautobahn greifen hier noch stärker als woanders in das Alltagsleben der Menschen ein. Hinzu kommt die auch als Durchgangsstraße stark genutzte Bahnhofstraße mit ihren schmalen und unattraktiv gestalteten Gehwegen und ihrem geringen Grünbestand.

Obwohl schon vor einem Jahr beschlossen, scheint die Neuordnung des Bahnhofsviertels in einige Ferne gerückt zu sein.

Wir fordern:

- nachhaltige Interventionen bei den Nachfolgebetrieben der Deutschen Bahn AG zur unbedingten Sicherung der vorhandenen Bausubstanz des ehemaligen Lokschuppens in ihrem derzeitigen Bestand;
- die frühzeitige Beteiligung aller Betroffenen im Planungsgebiet durch umfassende regelmäßige Information in Form von Publikationen und BürgerInnenversammlungen;
- die Etablierung einer Stadtteilkonferenz nach dem Modell „Soziale Stadt“ mit Beratungskompetenzen;
- keine Verdrängung von „Randgruppen“ aus dem Bahnhofsviertel.

## Fronhofgelände

In der Diskussion um die Rahmenplanung für das Fronhofgelände (zwischen Gutenberg-, Schul-, Universitätsstraße und Am Grün), deren Grundorientierungen wir befürworten, hat sich die Fraktion der PDS/Marburger Linke stark gemacht für:

- den Bau des Mehrzweckgebäudes für die Otto-Ubbelohde- und die Fronhof-Schule;
- die sofortige Einbeziehung der Betroffenen bei der Planung des Geländes, was wir mit einem Antrag im Stadtparlament erreichen konnten;
- die Erhaltung der beiden denkmalgeschützten Fachwerkhäuser auf dem Gelände, für die wir erfolgreich Öffentlichkeit hergestellt haben;

- den behutsamen Umgang auch mit den, in der Rahmenplanung als „Hinterhofbebauung“ denunzierten, verwinkelten und verschachtelten Marburg-typischen Anbauten.

## Eine wohnliche Stadt

Fehlprognosen haben auch ihr Gutes. 1995 hatte das Amt für Stadtentwicklung und Statistik für das Jahr 2000 eine Zunahme der Bevölkerung von damals 84.000 EinwohnerInnen mit Erst- und Zweitwohnsitz auf 89.500 im Jahr 2000 und 94.300 für 2010 prognostiziert. Daraus wurde dann ein Wohnungsbedarf von 6.500 Wohneinheiten abgeleitet. Dass sich dann gerade mal 1000 zusätzliche Menschen in Marburg niedergelassen haben, hat immerhin dazu beigetragen, für größere Entspannung auf dem Wohnungsmarkt zu sorgen.

Damals wurden, um den angeblichen enormen Wohnungsbedarf zu befriedigen, neue Siedlungsgebiete am Rand der Außenstadtteile, vor allem im Westen, geplant: Michelbach, Tannenberg, Hasenkopf. Dadurch sollen Menschen, die in Nachbargemeinden wohnen oder beabsichtigen, dort zu bauen, veranlasst werden, sich innerhalb der Marburger Gemeindegrenzen niederzulassen. Folge wird eine weitere Zersiedelung der Landschaft sein. Der Magistrat argumentiert, durch die Verlegung der Wohnsitze würden Anfahrtswege verkürzt und zusätzliche Schlüsselzuweisungen nach Marburg gelenkt. In beiden Fällen handelt es sich um einen Irrtum:

Schlüsselzuweisungen sollen einen Ausgleich für Ausgaben darstellen, welche die Gemeinde für EinwohnerInnen erbringt, nicht aber einen Zugewinn. Eine finanzielle Besserstellung ergibt sich aus ihnen nicht – sonst müsste erklärt werden, weshalb die größten Städte fast immer auch die höchste Pro-Kopf-Verschuldung aufweisen.

Werden in den Außenstadtteilen neue Siedlungen gebaut, wird es von dort aus weite Wege zu den Arbeitsplätzen in der Kernstadt geben.

Sollen sie verkürzt werden, müssen die Wohnungen nicht am Rand liegen, sondern in der Mitte. Deshalb fordern wir:

- Wohnverdichtung in der Stadt statt Zersiedelung auf den Dörfern.

Zusätzliche Wohnungen können auch durch Schließung von Baulücken entstehen. Damit es da keine Missverständnisse gibt: nicht die Gärten zwischen den in Randbebauung erstellten Häusern sollen hierfür benutzt werden, sondern noch freie Grundstücke an der Straße. Eine entsprechende Förderung und Beratung der Eigentümer der Grundstücke ist hierfür notwendig.

## Vorhandenen Raum besser nutzen

Vorhandene Wohnungen müssen besser vor Umwandlung in Büros, Kanzleien usw. geschützt werden. In diesen Fällen schreibt das geltende Recht vor, dass Ersatzwohnraum geschaffen wird oder eine Fehlbelegungsabgabe gezahlt wird. Nach unserer Beobachtung wird dieses Instrument in Marburg nicht konsequent angewandt. Immer wieder kommt es vor, dass relativ preiswerte Wohnungen zu teuren Gewerbeflächen umgewidmet werden und eine ausreichende Kompensation ausbleibt. Eine bessere Kontrolle durch den Magistrat ist hier dringend erforderlich.

Die Stadt sollte ein Informationsbüro einrichten, das für alle Wohnungsfragen eine Anlaufstelle bietet. Seine Aufgaben sollten sein:

- Beratung für BürgerInnen über Untervermietung, Wohnungstausch und Umzugshilfen, damit unterbelegte Wohnungen besser ausgenutzt werden;
- Beratung für sozial und ökologisch sinnvolles Bauen;
- Schließen der Baulücken in der Innenstadt. Dazu gehört, die BesitzerInnen der Grundstücke durch Beratung und Förderung von der Bebauung zu überzeugen.

## Mehr bezahlbarer Wohnraum

In Marburg gibt es zuwenig bezahlbare Wohnungen. Aus diesem Grund treten wir für eine

Intensivierung des sozialen Wohnungsbaus ein. Diese Wohnungen sollten auf das ganze Stadtgebiet verteilt werden, um eine Ghetto-Bildung zu verhindern.

Bei veralteten Sozialwohnungen befürwortet die PDS/Marburger Linke unbedingt eine Modernisierung, wendet sich aber dagegen, dass sie zu solchen Mietpreissteigerungen führt, die den Charakter als Sozialwohnung in Frage stellen, oder als Vorstufe für einen Verkauf dient.

Um dem Mietwucher etwas entgegenzusetzen, ist die Einführung eines Mietspiegels erforderlich.

## Ökologisch umsteuern

Marburg muss eine Grünfläche werden. Grüne Bereiche in Marburg schwinden durch die momentane Verplanung von Lebensräumen. Die Stadt verliert an Raum zum Atmen. Die Grünfläche Lahntal dient als Verblendung der Tatsache, dass Marburg in den Ozon- und Luftverschmutzungsstatistiken einen traurigen Spitzenplatz unter den Städten Deutschlands einnimmt. Sogar Frankfurt und andere Industriestädte finden sich in diesen Statistiken hinter Marburg wieder. Es ist höchste Zeit für eine Veränderung der kommunalen Politik, deshalb fordert die PDS/Marburger Linke:

- Schadstoffemissionen sowie Abfallstoffe sind konsequent zu minimieren; dazu gehört eine drastische Reduzierung der Abgase im Straßenverkehr (vgl. Kapitel „Verkehrspolitik“);
- Aufstockung der Glascontainer in allen Vierteln;
- finanzielle Förderung von energiepädagogischen Projekten an den Schulen;
- Sicherstellung von einem gezielten Ausbau von Grünflächen und gleichzeitig Sicherung vorhandener grüner Bereiche durch ein Bauverbot;
- bei Einkäufen und Aufträgen soll die Stadt Firmen in der Region bevorzugen um weite

Transporte zu vermeiden;

- in den Kantinen der Stadtverwaltung und ihrer Betriebe sollten bevorzugt ökologische landwirtschaftliche Produkte aus der Region verarbeitet werden.

Die Umwelttechnologie auf dem Energiesektor wurde im Laufe der Jahre modernisiert. Es existieren wichtige Errungenschaften für eine ökologische Kommunalpolitik. Deshalb muss die Stadt Marburg Handlungsräume schaffen, um eine umweltfreundliche Energieversorgung zu garantieren. Auch in Marburg kann die Energieversorgung durch genutzte Wind- und Wasserkraft sowie Sonnenenergie umweltfreundlicher gestaltet werden.

- Deshalb müssen Solarstromprojekte wie an der Emil-von-Behring-Schule gefördert werden.
- Das Wasserkraftwerk am Afföller Wehr sollte gebaut werden, sofern sich die Investitions-

kosten durch die Erträge amortisieren lassen.

- Die Errichtung von Blockheizkraftwerken für Siedlungen oder größere Gebäude sollte von der Stadt finanziell unterstützt werden.
- Die durch Gutachten geprüften Standorte für Windräder sollten genutzt werden:
- Öffentliche energieverbrauchende Systeme sollten auf Optimierung überprüft werden (Heiz- und Klimaanlage in öffentlichen Gebäuden, Straßenbeleuchtung) und ein Programm zur ihrer Erneuerung aufgelegt werden. Da die Energieersparnis oft ausreicht um die Investitionen in energiesparende Systeme zu finanzieren, sollte die Stadt auch Privatpersonen bei der Umstellung ihrer Heiz- und Klimaanlage beraten und unterstützen.
- Der Kauf von energiesparenden Haushaltsgeräten (Kühlschränke, Waschmaschinen), sollte weiterhin finanziell unterstützt werden.

## Verkehrspolitik

Den ewigen Streit über die Marburger Verkehrspolitik wollte die Stadt durch die Einrichtung des Verkehrsforums schlichten. Von 1996 bis 1998 arbeiteten VertreterInnen der verschiedensten Interessengruppen an gemeinsamen Vorstellungen, und am Ende wurde Konsens über ein Leitbild erzielt, das einen Kurswechsel in der Marburger Verkehrspolitik beinhaltet. Durch eine Stadt der kurzen Wege soll Verkehr vermieden und wo dies nicht geht, der Pkw-Verkehr auf umweltfreundlichere Verkehrsmittel (ÖPNV, Rad, Fußverkehr) verlagert werden, „so dass eine deutliche Reduzierung des motorisierten Verkehrs eintritt“.

Bei den konkreten Maßnahmen gingen die Meinungen im Forum jedoch oft weit auseinander, so dass vor allem bei Vorschlägen zur Beschränkung des Pkw-Verkehrs selten Einigkeit erzielt wurde. Dennoch konnte 62 mal ein Konsens über Einzelpunkte erzielt werden.

Das Leitbild wurde im Marburger Parlament zwar von allen Parteien begrüßt und mit sehr

großer Mehrheit verabschiedet – zu einer größeren Bewegung in der Marburger Verkehrspolitik ist es dennoch nicht gekommen. Viele Vorschläge des Verkehrsforums sind in den Schubladen verschwunden.

Immerhin ist ein Verkehrsentwicklungsplan (VEP) für den Marburger Norden und Westen auf den Weg gebracht worden. Die Verkehrszählungen der Planer ergaben, dass der Pkw-Verkehr in Marburg in den 90er Jahren um 20 % zugenommen hat und dass er in diesem Jahrzehnt bei Beibehaltung der jetzigen Verkehrspolitik um weitere 10 % zunehmen wird. Mit dem VEP könnte erreicht werden, dass bis zum Jahr 2010 kein weiterer Zuwachs des Pkw-Verkehrs stattfindet. Dies setzt aber voraus, dass die notwendigen Mittel für die geplanten Verbesserungen des ÖPNV bereit gestellt werden und diese Verkehrsplanungen nicht wieder am Veto OB Möllers scheitern.

Der Wille bei den anderen Parteien, tatsächlich den schwächeren VerkehrsteilnehmerInnen

den Vorrang einzuräumen und die Pkw-Lawine wenigsten zu stoppen, ist nicht zu erkennen.

Die Grünen treten verkehrspolitisch kaum noch in Erscheinung. Die SPD schreckt vor konsequenten Maßnahmen zurück. Bei manchen Anträgen der Koalition im Stadtparlament – z.B. Sperrung des Steinweges, Einrichtung von Tempo 30 Zonen, Reduzierung der Parkplätze an der Lahn, Geschwindigkeitsreduzierung auf der Autobahn –, die jeweils von der PDS/Marburger Linke unterstützt wurden, ist es fraglich, ob SPD und Grüne den Willen haben, sie wirklich umzusetzen. Die Koalition hat nicht ein einziges Mal die Gerichte bemüht, um das Veto, mit dem OB Möller jeden dieser Anträge verhinderte, auszuhebeln.

## Verkehrswende blieb aus

Auch unter SPD und Grünen nahm der Pkw-Verkehr zu. Die Errichtung eines weiteren Park- und Einkaufshauses am Feeser-Gelände wird mehr Autos in die Innenstadt holen. Durch eine Anhebung der Preise für die Monatskarten bei

den Stadtwerken um insgesamt 10 DM wird ein Umstieg vom Auto auf den ÖPNV erschwert.

Diese Politik wurde gemeinsam mit BfM und CDU umgesetzt. Das Engagement der CDU für das Auto drückt sich nicht nur in ihrer Kampagne für den unbezahlbaren Behringtunnel aus. Alle Maßnahmen zur Beschränkung des Pkw-Verkehrs werden vor allem durch das Veto Möllers zu Fall gebracht. Gleichzeitig ist dieser stolz, dass in seiner Amtszeit mehr als 800 Parkplätze in der Innenstadt geschaffen wurden. Manchen reicht das allerdings noch nicht.

Die abgespaltene Marburger Bürgerliste gibt sich ohne schlechtes Gewissen als Autofahrerpartei zu erkennen und hofft so bei den Kommunalwahlen eine Marktlücke bei AutofanatikernInnen zu finden.

## Mobilität für alle

Die PDS/Marburger Linke plädiert für eine Verkehrswende, indem den umweltfreundli-

## Möllers Veto

Selbst ein zaghaftes Umsteuern in der Marburger Verkehrspolitik, hin zu den umweltfreundlicheren Verkehrsmitteln, scheitert in Marburg spätestens am Veto Oberbürgermeister Möllers.

Auf insgesamt ein Dutzend Anträge zur Verkehrspolitik brachte es die PDS/Marburger Linke bis Ende 2000, von denen immerhin die Hälfte eine Mehrheit im Parlament fand.

Weil der OB widersprach, gibt es auf der Stadtautobahn immer noch kein Tempolimit für Pkw von 80 km/h und Lkw von 60 km/h.

Zwei Jahre lang dauerte es, ehe es gelang, das Los der FußgängerInnen in der Bahnhofstraße etwas zu erleichtern und die Blockadepolitik der von Möller geleiteten Straßenverkehrsbehörde zu überwinden. Mitte 2000 wurde das fehlende vierte Fußgängerampel-

paar an der Kreuzung Bahnhofstraße/Rosenstraße aufgestellt.

Auf Zustimmung im Parlament stießen ebenfalls zwei Anträge der Fraktion, die auf Beschlüsse des Verkehrsforums zurückgingen. Bereits im Mai 1999 willigte das Parlament ein, ein Hearing zum Thema Stadtbahn durchzuführen und abhängig von den Ergebnissen ein Gutachten in Auftrag zu geben. Das Hearing fand zwar Mitte 2000 statt, aber trotz positiver lässt eine Zustimmung des Magistrats zur Machbarkeitsstudie noch immer auf sich warten.

Ebenfalls 1999 wurde ein Antrag zur Einrichtung einer Mobilitätszentrale gestellt, der schließlich Ende 2000 durch einen gemeinsamen Antrag mit SPD und Grünen zum Erfolg führte. Zum gleichen Zeitpunkt stimmte das Parlament zu, ein Konzept für die Ausweisung weiterer Tempo-30-Zonen zu erarbeiten.

chen Verkehrsarten (Bus, Rad- und Fußverkehr) der Vorrang eingeräumt wird, den bisher der Pkw-Verkehr genießen konnte. Wir fordern dies nicht nur aus ökologischen, sondern vor allem auch aus sozialen Gründen. Menschen, die über kein Auto verfügen – weil sie sich keines leisten oder sie nicht fahren können, weil sie zu jung, zu alt oder behindert sind – sollen nicht auf Mobilität verzichten müssen.

## Verkehrssparende Stadtplanung

Aufgrund einer verfehlten Stadt- und Regionalplanung wurden in den letzten Jahrzehnten die Verkehrswege länger. Arbeit, Wohnen, Freizeit und Einkaufen fallen immer stärker auseinander. Von einer Umkehr ist in Marburg nicht viel zu bemerken. Siedlungsschwerpunkte außerhalb der Stadt wie im Falle Michelbach werden zu mehr Verkehr führen. Gleichzeitig sorgt die Vermehrung des Kfz-Verkehrs in der Innenstadt dafür, dass viele Menschen aufs Land umziehen – allein schon der Kinder wegen – und damit wieder mehr Verkehr verursachen.

Die PDS/Marburger Linke fordert:

- keine neuen Siedlungsgebiete auf dem Lande, sondern Wohnverdichtung in der Innenstadt;
- Neubaugebiete müssen von Anfang an über ein Mindestangebot an öffentlichen und privaten Dienstleistungen verfügen (ÖPNV-Anbindung und je nach Größe über ein Bürgerhaus, Lebensmittelläden, Kneipe usw.). Wenn Privatpersonen anfangs nicht investieren wollen, weil die EinwohnerInnenzahl noch zu gering ist, sollte die Stadt solche Betriebe für eine Übergangszeit subventionieren.
- Förderung dezentraler Einkaufsmöglichkeiten und Dienstleistungsangebote in den kleineren Stadtteilen (multifunktionale Nachbarschaftsläden; vgl. Kapitel „Wirtschaft und Arbeit“);
- Ausbau der Kundenbelieferung mit Lieferwagen. Händler könnten Liefergemeinschaften bilden, die zahlreiche Autofahrten ersparen würden;
- Dezentralisierung kommunaler Verwaltungs-

einrichtungen;

- Schaffung Nutzungsgemischter Strukturen für Wohnen, Arbeit und Freizeit;
- keine neuen Einkaufszentren auf der grünen Wiese.

## Konsequenter Ausbau des ÖPNV

Die Stadtwerke bilden sich ein, mit einem Anteil des ÖPNV von 17 % an allen Verkehrsbewegungen bundesweit mit zur Spitze zu gehören. Das ist allerdings keine Kunst, da in Marburg durch die vielen Studierenden der Anteil der Pkw-BesitzerInnen besonders niedrig ist. Nicht nur das Semesterticket ist ein Anreiz zum Umsteigen. Die steilen Anstiege in der Stadt sind ein weiterer Grund, warum viele statt des Fahrrads den Bus benutzen.

Trotz aller Verbesserungen, die es im öffentlichen Nahverkehr gegeben hat, sind die Busse für die meisten kein attraktives Transportmittel. Sie werden vor allem von jenen benutzt, die kein anderes Verkehrsmittel zur Verfügung haben. In den Stadtteilen sind die Anbindungen auch weiterhin nicht ausreichend, weil es sich angeblich nicht lohnt. Eine erneute Ausdünnung des Netzes aus Kostengründen ist zu befürchten. In der Stadt sind die Busse in Spitzenzeiten überfüllt. Größter Nachteil für den ÖPNV gegenüber dem Pkw besteht in den um 50-100 % längeren Fahrzeiten. Eine Umkehr ist möglich, das zeigen Beispiele anderer Städte, wo der Anteil des ÖPNV am Verkehr über ein Drittel erreicht (Bologna, Zürich, Schaffhausen).

Die PDS/Marburger Linke fordert deshalb, dass dem ÖPNV endlich Priorität gegenüber dem Pkw-Verkehr eingeräumt wird und zumindest die Maßnahmen, die in den Entwürfen zum VEP angedacht wurden, umgesetzt werden.

Um die Attraktivität des ÖPNV zu erhöhen, ist es notwendig

- für niedrige Fahrpreise zu sorgen;

- für Einkommensschwache verbilligte oder kostenlose Fahrkarten anzubieten;
- Nulltarif zur Hauptverkehrszeit auf ausgewählten Strecken mit besonders hoher Verkehrsbelastung einzuführen;
- die Vergabe von Jobtickets durch Unternehmen und Behörden zu fördern;
- die Preise des Behinderten-Fahrdienstes auf dem Niveau der Busse zu halten.

Außerdem ist es notwendig, eine Beschleunigung des Busverkehrs zu erreichen, die auch zu niedrigeren Kosten führen wird, da mehr Passagiere mit demselben Fuhrpark transportiert werden können. Dies soll erfolgen durch:

- Bus- und Taxispuren auf den Hauptverkehrsstraßen;
- Rückbau der Busbuchten an den Haltestellen. Busstopps überall in der Fahrspur;
- Grünphase für Busse an den Verkehrsampeln.

Das heißt auch, dass die Anbindungen vor allem der Stadtteile verbessert und die Takte erhöht werden durch

- Anschluss aller Außenstadtteile an das Netz der Stadtwerke mit einem Takt von 30 Minuten bei über 1000 EinwohnerInnen und von einer Stunde bei unter 1000;
- Schaffung einer Direktverkehrslinie Hauptbahnhof-Marbach-Behringwerke-Michelbach und Einrichtung weiterer Express-Linien;
- deutliche Verlängerung der Verkehrszeit am Wochenende;
- Verdichtung der Takte auf allen Linien auch beim Abendverkehr und an Wochenenden und stärkere Verdichtung in der Zeit des Berufs- und Schulverkehrs;
- Busanbindung der Park+Ride-Parkplätze an Samstagen mit günstigeren Tarifen und einer Verlängerung der Bedienungszeit;
- Förderung von Car-Sharing.

Zur weiteren Erhöhung der Attraktivität des ÖPNV gehören auch

- erhebliche Verbesserungen bei den Haltestellen (mehr Platz, Überdachung, Sauberkeit, genug Sitzplätze);
- ein weiterer Ausbau des Fuhrparks mit Nie-

derflurbussen;

- die Umstellung der Busse auf umweltfreundlichere Antriebe (z.B. Erdgas)
- die Verlegung des Auspuffs der Dieselsbusse nach oben;
- die Ausweitung der Mitnahmemöglichkeiten für Fahrräder.
- eine bessere Vermarktung des Marburger ÖPNV zur Image-Verbesserung sowie eine klarere Information der KundInnen (übersichtliche Fahrpläne, durchschaubares Angebot und Preisgestaltung, Einrichtung einer Mobilitätsberatung).

All diese Maßnahmen werden sicherlich noch keinen massenhaften Umstieg auf den ÖPNV auslösen.

Wesentlich attraktiver wäre die Einführung einer Stadtbahn für Marburg und die Region.

## Stadtbahn prüfen

In einer Reihe von Städten wurde die Straßenbahn wieder eingeführt – meist als Stadtbahn, die angrenzende Gemeinden mit bedient. Sie wird besser als Busse angenommen, weil sie bequem, schnell, leise und abgasfrei ist.

Auf Initiative der PDS/Marburger Linke führte die Stadt im Frühjahr 2000 eine Anhörung zum Thema Stadtbahn durch. Vertreter von ÖPNV-Gesellschaften aus vier Städten berichteten dort über die positiven Erfahrungen mit Straßenbahnen.

Den StadtbahnbefürworterInnen in Marburg ist klar, dass die Wiedereinführung einer Straßenbahn in Marburg nur als „Regio-Tram“ Sinn macht, indem das Umland durch Mitbenutzung der Bahnstrecken einbezogen wird. Eventuell würde sich eine Zusammenarbeit mit Gießen und Wetzlar anbieten.

Ein solches Stadtbahnssystem könnte erheblich dazu beitragen, den Pkw-Verkehr sowohl innerstädtisch als auch auf den Haupt-Pendelstrecken zu verringern.

Die PDS/Marburger Linke fordert deshalb, dass in Zusammenarbeit mit dem Kreis – und eventuell mit Gießen und Wetzlar – ein Gutachten in Auftrag gegeben wird, um zu untersuchen,

- welches Fahrgastaufkommen mit verschiedenen Streckenführungen zu erreichen wäre;
- ob die Stadtbahn auf einem eigenen Gleisbett in der Stadt verkehren könnte.

Sollte dies der Fall sein, wäre nicht nur ein hohes Tempo der Tram gesichert. Dies ist auch Voraussetzung dafür, dass Bund und Land den Großteil der Investitionskosten übernehmen.

## Wer soll das bezahlen?

Ein Ausbau des ÖPNV entsprechend den Entwürfen des VEP und auch der Betrieb einer Stadtbahn würden das Defizit der Stadtwerke erhöhen. Im Interesse der Mobilität aller Menschen und einer umweltfreundlicheren Verkehrspolitik ist dies nicht zu vermeiden.

Die PDS/Marburger Linke fordert deshalb:

- Deckung des Defizits der Stadtwerke durch die Stadt. Dieses Geld kann durch Einsparungen beim Straßenbau sowie – im Falle eines Rückgangs des Pkw-Verkehrs – durch verminderte Ausgaben für die ökologischen und gesundheitlichen Folgeschäden des Autoverkehrs aufgebracht werden;
- Stellplatzverordnungen sollen nicht zum Anlegen von Parkraum verpflichten, sondern Abgaben für den ÖPNV oder Fahrradstellanlagen erheben;
- eine geringfügige Erhöhung der Gewerbesteuer auf das Niveau von Gießen.

Außerdem braucht Marburg eine

## Kommunale Nahverkehrsabgabe

Sie würde bei größeren Unternehmen und bei Besserverdienenden erhoben. Diese haben in den letzten Jahren stark von Steuersenkungen profitiert. Das große Gewerbe zahlt zudem erheblich niedrigere Strompreise als Privathaushalte und ist zum Teil von der Energiesteuer befreit. Eine kommunale Abgabe könnten sie also leicht verschmerzen und dazu beitragen, dass Mobilität für alle Menschen in Marburg erhalten bleibt.

Darüber hinaus muss sich Marburg im Hessischen Städte- und Gemeindetag, über den Deutschen Städtetag sowie über die im Land-

tag und im Bundestag vertretenen Marburger Abgeordneten dafür einsetzen, dass ein

- Bundes- und Landesprogramm zur Ausstattung aller Städte mit einem leistungsfähigen ÖPNV aufgelegt wird.

## Fuß- und Radverkehr bevorzugen

Um den Vorrang des Autoverkehrs nicht anzutasten wird in Marburg, wenn es um den Rad- und Fußverkehr geht, vielfach nach dem Motto „teile und herrsche“ verfahren. FußgängerInnen und RadfahrerInnen können am besten gegeneinander aufgehetzt werden, wenn man kombinierte Rad/Fußwege einführt (wie das vielfach an der Lahn der Fall ist), wenn Radwege auf Kosten von Gehwegen und auf gleicher Höhe geschaffen werden (wie in der Wilhelmstraße), oder wenn die Fahrbedingungen für RadfahrerInnen derart sind, dass oft nur das Ausweichen auf den Fußweg bleibt.

Sollten die Innenstadt und die Wohngebiete in 30-km/h-Zonen umgewandelt werden, erübrigen sich einige der folgenden Vorschläge, da die Gefährdungen für FußgängerInnen und RadfahrerInnen stark abnehmen würden. Da dies aber noch nicht zu erwarten ist, schlagen wir vor:

## Sicher und bequem zu Fuß

- Erweiterung der FußgängerInnenzonen um den Steinweg und die Elisabethstraße;
- Verbreiterung von Gehwegen auf mindestens 2 m und noch mehr an sehr frequentierten Stellen (zum Beispiel vor der Elisabethkirche), vor allem wenn dort auch noch Bushaltestellen vorhanden sind (vor Ahrens und in der Bahnhofstraße);
- Erhöhung der Zahl der Zebrastrifen (zum Beispiel Ketzerbach in Höhe Tegut; Am Grün bei der Einmündung Schulstraße);
- Rundumgrün für FußgängerInnen an Kreuzungen;

- Durchgängig Grün bei Ampeln an Verkehrsinseln;
- Sofortige Grünschaltung bei Bedarfsampeln.

## Freie Fahrt fürs Rad

- Radwege an Straßen sollen grundsätzlich auf Höhe des Straßenverkehrs angelegt und farblich gekennzeichnet werden;
- Kombinierte Rad- und Fußwege sollen so weit möglich verbreitert und dann zweigeteilt werden;
- die Brücken über die Lahn sowie Brücken und Überführungen über die Autobahn müssen für Fahrräder durch getrennte Fahrspuren, höhere Geländer und geeignete Rampen befahrbar sein. Die alte Mensabrücke muss zu diesem Zweck verbreitert werden;
- Einbahnstraßen sind (so weit möglich) für Radgegenverkehr zu öffnen;
- die bestehenden Radwege in der Innenstadt müssen miteinander verbunden werden;
- durch Änderung der Stellplatzverordnung muss sichergestellt werden, dass genügend Fahrradparkmöglichkeiten geschaffen werden. Mindestens jeder zehnte Parkplatz soll für Fahrräder umgebaut werden;
- ausreichend große, überdachte und diebstahlsichere Abstellplätze an Knotenpunkten;
- Radverleih am Hauptbahnhof (incl. Servicestation) und an den Park-and-Ride-Plätzen (P+R);
- Fahrradmitnahmemöglichkeit in Bussen zu den Lahnbergen und nach Marbach.

## Förderung des Pkw-Verkehrs beenden

Gegenwärtig wird Kfz-Verkehr in die Stadt gelockt, unter anderem durch die Benachteiligung des Rad-, Bus- und Fußverkehrs. Projekte wie das Hotel am Biegeneck, das Multiplex-Kino auf dem Schlachthofgelände und die beiden Kaufhäuser am Mensa-Ohr sind darauf

angelegt, möglichst viele Autos in die Stadt zu holen. Gleichzeitig besteht in der Stadt ein Überangebot an Parkplätzen, die allenfalls an einem verkaufsoffenen Wochenende vor Weihnachten ausgelastet und zudem oft noch kostenlos sind. In der Amtszeit OB Möllers sind bereits über 800 neue Parkplätze in der Innenstadt geschaffen worden. Auf dem Feeser-Gelände kommen weitere 300 hinzu.

Wenn es darum geht, neue Autobahnabfahrten zu bauen und Maßnahmen zur Beschleunigung des Pkw-Verkehrs zu treffen, herrscht kein Mangel in den städtischen Kassen. Gleichzeitig macht die geringe Benutzung der Park+Ride-Parkplätze deutlich, dass kaum Anreize bestehen, auf den Bus umzusteigen. Um dies zu ändern und den Menschen ein Stück der Straßen als natürlichen Lebensraum und den Kindern als Spielfläche wiederzugeben, fordert die PDS/Marburger Linke:

## Parkplatzangebot einfrieren

Die PDS/Marburger Linke möchte das Parkplatzangebot in der Innenstadt etwa auf den Stand von 1995 zurückfahren. Da die Errichtung der neuen Park- und Einkaufshäuser am Mensaohr u.a. damit begründet wurde, dass dadurch weniger Verkehr in die Innenstadt komme, fordert die PDS/Marburger Linke:

- Wegfall der Parkplätze an der Lahn und Renaturierung der Ufer; dadurch soll u.a. verhindert werden, dass es durch das Multiplex-Kino zu verstärktem Verkehr im Biegenviertel kommt.
- Neue Parkplätze in der Innenstadt, egal ob öffentliche oder solche von Privatfirmen, kann es nur geben, wenn anderswo mindestens die gleiche Anzahl wegfällt.
- AnwohnerInnenparken in der ganzen Stadt;
- Alle öffentlichen Parkplätze in der Innenstadt müssen gebührenpflichtig sein.

## Keine neuen Pkw-Verkehrsanlagen

Angesichts der desolaten Finanzlage der Kommunen plädiert die PDS/Marburger Linke,

dafür keine unnötigen Verkehrsanlagen für Pkws zu finanzieren und stattdessen in den ÖPNV und den nichtmotorisierten Verkehr zu investieren. Sie fordert deshalb:

- keine neuen Autobahnabfahrten;
- keine neuen Straßen (es sei denn innerhalb neuer Wohngebiete);
- kein Behring- oder Marbach-Tunnel, der für viel Geld Marbach zusätzlichen Verkehr beschere würde;
- keine Verkehrsbeschleunigungsmaßnahmen wie Parkleitsysteme, Kreisverkehr und Ähnliches.

## Verkehrsberuhigung

- Tempo 30 in der ganzen Innenstadt und in allen Wohngebieten;
- Sperrung der Elisabethstraße für den Pkw-Verkehr;
- Sperrung der Oberstadt für den Autoverkehr;
- Umwandlung des Steinweges in eine Fußgängerzone;
- Einrichtung einer Spielstraße in jedem Wohngebiet;
- Umgestaltung der Ketzerbach nach den Vorstellungen der Ketzerbachgesellschaft (aber ohne Schaffung von Ersatzparkplätzen).

## Stadtautobahn zurückbauen

Die Stadtautobahn ist keine Verteilerschiene, sondern eine Ansaugröhre für den Pkw-Verkehr. Seit es die Stadtautobahn gibt, ist es nicht zu einer Abnahme des Verkehrs in der Innenstadt gekommen – im Gegenteil. Der Durchgangsverkehr hat sogar überdurchschnittlich zugenommen. Außerdem verlärmte sie das ganze Tal. Das muss aufhören.

Die PDS/Marburger Linke fordert deshalb:

- sofort Tempo 80 für Pkw und Tempo 60 für Lkw auf der Autobahn einzuführen;
- langfristig den Rückbau der Straße durch Einrichtung von Fuß- und Radwegen, Anpflanzung von Bäumen und Anlegung von Parkstreifen (wenn entsprechend viele Stellplätze wegfallen);
- die Ausweitung des Nachtfahrverbots für

Schwerlast-Lkws auf das Marburger Stadtgebiet.

Freie Sicht auf den Bahnhof könnte durch die Schleifung der Autobahnbrücke irgendwann möglich werden. Diese Maßnahmen würden eine Wohnbebauung auch in der Nähe der – dann ehemaligen – Autobahn ermöglichen.

## Es geht auch anders

Im Leitbild des Verkehrsforums wird festgestellt, dass der Pkw-Verkehr um 50 % reduziert werden müsse, um die Klimaziele der Bundesregierung zu erreichen. Wir glauben nicht, dass die hier vorgeschlagenen Maßnahmen zu einem derartigen Rückgang des Pkw-Verkehrs führen werden. Wir finden aber, dass der Versuch sich lohnt, weil damit die Bedingungen für die meisten VerkehrsteilnehmerInnen geschaffen würden, aufs Auto zu verzichten und zumindest ein weiterer Zuwachs des Verkehrs aufgehalten werden könnte.

Sollten aber noch immer unerträgliche Verkehrsverhältnisse in der Stadt vorherrschen, plädieren wir dafür, den folgenden Vorschlag erneut durch einen Bürgerentscheid – etwa im Jahr 2005 – abstimmen zu lassen:

## Die Sektorierung

Die BürgerInnen haben sie 1995 mit 2:1 abgelehnt. Dennoch sind wir weiterhin davon überzeugt, dass die Teilung der Stadt in drei Sektoren, die die Pkws nur noch über die Autobahn erreichen könnten, die effektivste Möglichkeit ist, überflüssigen Kfz-Durchgangsverkehr aus der Stadt rauszuhalten. Wir sind der Meinung, wenn ausreichend alternative Fortbewegungsmöglichkeiten geschaffen sind, kann auch in den Randbezirken der Stadt eine Mehrheit für diese Variante gefunden werden.

# Sozial- und Gleichstellungspolitik

## Eine Stadt für Kinder

Freie Entfaltung, Selbstbestimmung und Lebensverhältnisse die Solidarität fördern, sind notwendig für ein menschenwürdiges Dasein. Dies gilt auch für Kinder. Aus diesem Grunde ist die PDS/Marburger Linke dagegen, Kinder- und Jugendpolitik der Familienpolitik unterzuordnen. Es ist wichtig, für die Kinder Entwicklungschancen zu eröffnen und Bedingungen zu schaffen, die zu einer verantwortungsvollen Selbstverwirklichung führen.

Freies Herumtoben ist ein Luxus, der heute vielen Kindern fehlt. Die autogerechte Stadt ist gefährlich, so dass viele Kinder ihre Umwelt nur noch erleben, wenn ein Erwachsener oder eine Erwachsene sie begleiten.

Daher fordern wir auf kommunaler Ebene:

- ausreichend Krippen- und Hortplätze für alle Kinder im Vorschul- und Grundschulalter, deren Eltern eine Ganztagsbetreuung für ihr Kind wünschen;
- Ausbau und Förderung von wohnungsnahen Spielplätzen, Bolzplätzen und Begegnungsstätten;
- Einsatz der Stadt für den Erhalt der betreuten Grundschulen;
- Verzahnung und Bündelung der bestehenden Angebote mit dem Ziel, in Zeiten knapper finanzieller Mittel diese möglichst effektiv einzusetzen;
- Propagierung von Hilfen für Kinder in schwierigen Lebenssituationen, nicht nur in der Sprache der Erwachsenen.

## Platz für die Jugend

Kinder und Jugendliche haben seit 1997 in Marburg durch das Kinder- und Jugendparlament erstmals eine eigene Interessenvertretung. Trotz aller Probleme durch die große Altersdif-

ferenz der Gewählten und das Fehlen einer Betreuungsstelle mit ausreichendem Zeitdeputat, hat sich dieses Parlament schnell profilieren können und Wünsche und Forderungen von Kindern und Jugendlichen mit einigem Erfolg formuliert: vom Bolzplatz am Unteren Richtsberg über eine Half-Pipe in Bauerbach bis hin zu einem Teilerfolg bei der Verteidigung der Ferienkarte für SchülerInnen

Im Jugendhilfeausschuss der Stadt hingegen, der fachlich kompetent die ganze Palette von Kinder- und Jugendpolitik im Plenum und in Fachausschüssen bearbeitet, gibt es kaum Mitglieder unter 40 Jahren.

Auch in den Fraktionen und auf den Listen der Parteien für die kommenden Kommunalwahlen finden sich wenig jüngere Menschen. Die PDS/Marburger Linke ist daher stolz darauf, dass sich auf den ersten fünf Plätzen ihrer Liste drei Kandidatinnen unter 23 Jahren befinden.

Es bleibt allerdings auch viel zu tun.

## Öffentliche Räume erweitern

Es muss alles getan werden, die öffentlichen Räume in der Stadt für Kinder und Jugendliche zu erweitern, sie sicherer, begehbarer, spielbarer und erlebbarer zu machen.

Noch immer ist es keineswegs so, dass die Auswirkungen von Stadtplanung auf Kinder und Jugendliche im Blickfeld der Verantwortlichen liegen, weder im Bau- noch im Verkehrsbereich. Eine umfangreiche Studie des Deutschen Kinderschutzbundes mit Anregungen hierzu wurde mit warmem Händeschütteln entgegen genommen und dann offensichtlich für immer beiseite gelegt. Nach wie vor findet sich in zentralen Rahmen- und Bebauungsplänen zumeist kein ausdrücklicher Bezug und damit auch keine Berücksichtigung spezifischer Interessen von Kindern und Jugendlichen.

Wir fordern in diesem Zusammenhang:

- in allen Rahmen- und Bebauungsplänen so-

wie Verkehrsplänen ist die Berücksichtigung dieser Interessen gesondert zu behandeln und auszuweisen;

- Spielstraßen in Wohngebieten, in denen viele Kinder und Jugendliche leben;
- Tempo 30 in der Stadt. Drei Viertel der Unfälle mit Kindern ereignen sich innerhalb geschlossener Ortschaften. Für Marburg gibt es angeblich keine differenzierten Statistiken, die den Anteil von Kinderunfällen im Straßenverkehr ausweisen. In Tempo-30-Zonen sinkt die Zahl der Unfälle um 20 %. Unfälle gehen zudem dort meist glimpflicher aus, denn bei Tempo 30 betragen Reaktionszeit und Bremsweg 13,5 m, während bei Tempo 50 sich allein der Reaktionsweg auf 15 m beläuft;
- die Erstellung eines Schulwegesicherungsplans der Stadt (vgl. Kapitel „Bildung“);
- dass die privatisierten Stadtwerke im Rahmen des RMV sozial verträgliche Tarife für Kinder und Jugendliche garantieren;
- dass die Streichung der kostenlosen Mitnahme von Kleinkindergruppen (und damit oft Kindergartengruppen) zurückgenommen wird;
- dass die vom Kinder- und Jugendparlament und in der Stadtverordnetenversammlung von der PDS/Marburger Linke erstrittenen 110.000 DM für verbilligte Busferienkarten für SchülerInnen als Ersatz für die Aufhebung der Gültigkeit der Fahrkarten in den Schulferien erhalten bleiben.

## **Betreuungs- und Freizeitangebote**

In Marburg besteht eine markante Unterversorgung mit Kinderkrippenplätzen. Deshalb ist es dringend geboten, die wegen des abnehmenden Bedarfs in der BLISTA selber für das kommende Jahr drohende Schließung der BLISTA-Kinderkrippe zu verhindern. Die Stadt muss sich gegebenenfalls an der Finanzierung, zumindest der für „Stadtkinder“ frei gehaltenen Plätze, beteiligen.

SchülerInnen und Eltern brauchen dringend Betreuungsangebote an Schulen. Durch die Mittelkürzungen der CDU/FDP-Landesregie-

rung sind diese Einrichtungen wie etwa an der Otto-Ubbelohde-Schule bedroht. Auch hier ist die Stadt gefordert, finanziell zur Garantie dieser Grundversorgung beizutragen.

Die Stadtjugendpflege hat in den vergangenen Jahren erhebliche Anstrengungen unternommen, attraktive Freizeitprogramme zu organisieren. Dies ist dadurch erschwert, dass die Haushaltsansätze für die städtische Kinder- und Jugendarbeit seit Jahren eingefroren sind. Dringend notwendige Investitionen, wie im Stadtwaldgelände, müssen auf die lange Bank geschoben werden. Nachfragen von Schulen nach Freizeiten, etwa im Rahmen des Mobilitätsprojektes, können wegen fehlenden Personals nicht hinreichend befriedigt werden. Freizeiten werden wegen wachsenden Zuspruchs und damit notwendiger höherer Personalintensität in der Offenen Jugendarbeit gestrichen, da innerhalb des zu geringen Haushaltsansatzes umverteilt werden muss.

- Deshalb ist es dringend erforderlich, den Haushaltsansatz für die Kinder- und Jugendarbeit nicht nur zu verteidigen, sondern zu erhöhen.

Dies ist auch vor dem Hintergrund zunehmender ausländerfeindlicher und rassistischer Stimmungen von Bedeutung. Marburg hat nicht zuletzt deshalb weniger Probleme als andere Städte mit rechtsextremistischen Tendenzen, weil hier seit Anfang der 70er Jahre ein recht dichtes Netz von Betreuungsangeboten und Jugendräumen aufgebaut wurde.

Dennoch gibt es Lücken. Im Bereich Hansenhof/Glaskopf haben die Jugendlichen noch immer keine Räumlichkeiten. Hier muss ebenso endlich Abhilfe geschaffen werden wie in der Marbach. Dort ist im Übrigen die Jugendarbeit in einem ganzen Haus nicht vorstellbar ohne eine hauptamtliche Betreuungskraft.

Am mittleren Richtsberg fehlt im Bereich der Siedlungen der GeWoBau ein Bolzplatz und die Kinderspielfläche sind dringend renovierungsbedürftig.

Trotz des Vordringens sogenannter Trendsportarten besteht nach wie vor ein großer Bedarf an einer guten Schwimmbadversorgung.

Deshalb unterstützen wir den Bau des neuen Freizeitbades, als Ersatz für das abgerissene Luisa-Bad, das man gezielt verfallen gelassen hatte. Die PDS/Marburger Linke hat sich in der jahrelangen Schwimmbad-Diskussion nachhaltig für sozial verträgliche Eintrittspreise im neuen Niedrigenergiebad eingesetzt. Öffentliche Zusagen Bürgermeister Vaupels, deuten darauf hin, dass dieses Ziel erreicht werden kann.

Es muss garantiert bleiben, dass insbesondere Kinder, Jugendliche und sozial benachteiligte Familien, die sich meist weder Urlaubsreisen noch das Equipment für Trendsportarten leisten können, durch eine entsprechende Eintrittspreisgestaltung weiterhin ungehindert Zugang zu ihrem oft wichtigsten Sommerfreizeitvergnügen finden. Für Kinder und Jugendliche, die sich in den Ferien oft nahezu den ganzen Tag im Schwimmbad erholen möchten, darf es keine stundenweise Staffeln geben.

## **Kinder und Jugendliche in Problemsituationen**

In Marburg leben über 1000 Kinder von Sozialhilfe. Aufgabe der Stadt ist es, alles zu tun, diesen Kindern eine möglichst gleichberechtigte Teilhabe am schulischen, sportlichen und kulturellen Leben zu sichern und zum Ausgleich von Entwicklungsnachteilen aufgrund ihrer sozialen Situation beizutragen.

Im September 2000 waren in der Stadt Marburg 294 junge Menschen unter 25 Jahren arbeitslos gemeldet.

Die Stadt Marburg unternimmt, ebenso wie das Marburger Arbeitsamt und häufig in Zusammenarbeit mit den freien Trägern der Berufshilfe, seit Jahren erhebliche Anstrengungen, Jugendlichen ohne Lehrstelle und arbeitslosen Jugendlichen nach der Lehre eine Stelle oder wenigstens eine sonstige berufsorientierende Perspektive zu eröffnen oder zu stützen.

In diesem Rahmen gilt es, insbesondere das Angebotsspektrum der bisherigen Beratungsstelle für arbeitslose Jugendliche und jetzigen

Fachstelle für Berufshilfe, in vollem Umfang zu erhalten und in der Perspektive einer Zusammenlegung mit Angeboten des Kreises personell in ausreichendem Maße abzusichern.

Die PDS/Marburger Linke hat schon 1997 die Zustimmung des Stadtparlaments für ihren Antrag gefunden, bei öffentlichen Aufträgen ausbildende Betriebe zu bevorzugen. Unzureichend hingegen ist die Bereitschaft der Stadt Marburg selber auszubilden.

Jugendliche Arbeitslose unter 21 Jahren können bei der Stadt Marburg den Arbeitslosenpass erhalten. Wir fordern, den Berechtigtenkreis auf junge Arbeitslose unter 28 Jahren auszuweiten. Ferner ist zu garantieren, dass auch im Rahmen der privatisierten Stadtwerke und für das neue Schwimmbad dieser soziale Ausgleich erhalten bleibt.

---

## **Frauenthemen sind kommunal**

Politik für Frauen wurde in Marburg bisher höchst stiefväterlich behandelt. Frauenfragen wurden zwar thematisiert, aber Veränderungen zu ihren Gunsten haben bisher kaum stattgefunden.

Fraueninteressen sind Menscheninteressen. Deshalb müssen sie sowohl innerhalb der kommunalen Selbstverwaltung als auch außerparlamentarisch aufgegriffen und durchgesetzt werden, um eine geschlechtergerechte Gesellschaft zu entwickeln.

Frauen werden nach wie vor in allen Lebensbereichen auf unterschiedliche Weise diskriminiert und in Rollen gezwängt, die ihnen eine selbstbestimmte Entfaltung ihrer Fähigkeiten nicht ermöglichen. Solange sich an diesen patriarchalen Strukturen nichts ändert, ändern sich auch nicht die Missstände, in denen Frauen in der Kommune leben. Frauen müssen Möglichkeiten geboten werden, aus den patriarchalen Mechanismen auszubrechen oder sie abzuschaffen.

Um Strukturen zu verändern, setzt sich die PDS/Marburger Linke für eine wirksame Quotierungspolitik sowohl auf der politischen als auch auf der wirtschaftlichen Ebene ein. In diesem Zusammenhang fordern wir:

- innerbetriebliche Bildungsmaßnahmen, die es Frauen ermöglichen, sich für quotierte Positionen zu qualifizieren;
- Bevorzugung von Firmen, die Frauenförderpläne vorweisen können, bei öffentlichen Aufträgen;
- Erweiterung des Kompetenzbereichs der Frauenbeauftragten, Bereitstellung der Mittel für ihre Tätigkeit und ein Vetorecht z.B. bei Einstellungsentscheidungen;
- Unabhängigkeit der Frauenbeauftragten gegenüber dem Oberbürgermeister und dem Magistrat;
- Quotierung des Magistrats.

Damit Frauen ihr Leben selbstgestaltet planen können, muss sich an ihrer Doppelbelastung durch Beruf und Familie etwas ändern. Die kommunale Arbeitsmarktpolitik muss sich verstärkt mit dieser Thematik auseinandersetzen:

- Ausbau bzw. Einführung von Teilzeitstellen für Männer;
- Erziehungsurlaub für Mütter und Väter gleichermaßen;
- Quotierung bei der Besetzung von Stellen auf allen Qualifikationsebenen;
- Einsatz der Stadt für höhere Löhne in sogenannten frauenspezifischen Berufen (Krankenschwestern, Erzieherinnen usw.) vor allem im öffentlichen Dienst.

Die kommunale Beschäftigungspolitik sollte daran orientiert sein, Frauen und Männern gleichermaßen sinnvolle Arbeit zu ermöglichen. Hier kann die Stadt mit gutem Beispiel vorangehen und alle Einstellungen quotiert vornehmen.

Alleinerziehende Frauen und Männer, die Sozialhilfe beziehen, kann die Stadt Marburg bei der beruflichen Neuorientierung unterstützen. Wir erwarten

- eine regelmäßige Zusammenarbeit von Sozialamt und örtlichem Arbeitsamt, die zum

Ziel hat, alleinerziehenden Elternteilen eine qualifizierte Beratung zur Weiterbildung und zum beruflichen (Wieder-)Einstieg zu bieten;

- Regelungen für die Betreuung von Kindern und die Abdeckung der Kosten, damit keine Umschulung oder Weiterbildung an fehlender Kinderbetreuung scheitert.

## Schutz vor Gewalt

Im öffentlichen wie im privaten Raum erleben Frauen noch immer gewalttätige und misshandelnde Übergriffe. Diese Situation muss sich ändern. Frauen müssen Möglichkeiten haben, sich vor gewalttätigen Übergriffen zu schützen und – falls ein solcher Übergriff nicht verhindert werden konnte – diesen zu be- und verarbeiten. Es muss ein gesamtgesellschaftliches Anliegen sein, gewaltfrei zu leben.

Die PDS/Marburger Linke fordert daher:

- unentgeltliche Selbstverteidigungskurse an den Schulen, bei der Volkshochschule und an der Universität;
- ein Nachttaxi für Frauen, das zu einem Tarif von 3 DM Frauen zwischen 22 Uhr und 5 Uhr in der Kernstadt und den Stadtteilen befördert;
- gesicherte Frauenparkplätze;
- eine Straßen- und Wegebeleuchtung, die die Sicherheit von Frauen in der Nacht erhöhen. Der Weg zwischen Mensa und der philosophischen Fakultät muss besser beleuchtet werden;
- keine Plakatwand für sexistische Werbung.

## Unterstützung für Fraueninitiativen

Marburgs Frauenräume sind sehr begrenzt. Um Solidarität unter Mädchen und Frauen (ob Hetera oder Lesbe) zu intensivieren und Kommunikation zu schaffen, müssen Frauenräume vermehrt zur Verfügung gestellt werden.

Wir fordern:

- Bereitstellung von Frauenräumen durch die Stadt;
- finanzielle Förderung von Initiativen, die zu

Frauenthemen arbeiten, wie z.B. Frauen helfen Frauen e.V., Mütterzentrum, Pro Familia, Wildwasser, Wildkatzen, Towanda, Feministisches Archiv, Beschäftigungsinitiative LOBI, Notruf und Beratung für vergewaltigte und belästigte Frauen Lesben Mädchen.

## Ausländische Frauen

Noch immer fehlt Ehefrauen und Lebenspartnerinnen ein eigenständiges Bleiberecht. Dies wird besonders zynisch, wenn Frauen sich von ihren (Ehe-)Männern trennen möchten, weil ihnen Gewalt angetan wurde. Viele Migrantinnen haben in ihren Heimatländern frauenspezifische Unterdrückungsformen erlebt, die sie zur Flucht veranlasst haben. Die Stadt Marburg soll sich daher einsetzen für

- die Anerkennung frauenspezifischer Fluchtgründe im Asylrecht;
- die Beseitigung frauendiskriminierender Bestandteile des Ausländerrechts;
- ein eigenständiges Bleiberecht für Ehefrauen und Lebenspartnerinnen.

---

## Gleichstellung für Lesben und Schwule

Seit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten hat die öffentliche Debatte um gleichgestellte Lebensweisen und dem Umgang der Gesellschaft mit ihnen eine neue Qualität gewonnen. In einigen Bundesländern, wozu Hessen nicht gehört, wurden politische Entscheidungen herbeigeführt, die Regelungen zum Schutz vor Benachteiligung aufgrund der sexuellen Identität darstellen. Die positive Darstellung homosexueller Lebensformen und lesbischer, schwuler, bisexueller oder transsexueller Menschen ist gegenwärtig nach wie vor die Ausnahme innerhalb der gesellschaftlichen Wahrnehmung. Das möchte die PDS/Marburger Linke verändern.

Obwohl die Ehe und Familie nicht mehr die einzigen anerkannten Beziehungsmuster sind,

obwohl Lesben und Schwule selbstbewusster geworden sind und zum Teil offen ihre Beziehungen in Beruf und Familie leben, sind wir von einer sozialen und juristischen Gleichberechtigung noch immer weit entfernt.

- Die PDS/Marburger Linke fordert die Schaffung der notwendigen Voraussetzungen für die Gleichberechtigung.
- Wir fordern Akzeptanz für verschiedene Formen der sexuellen Orientierung und des Zusammenlebens.

Eine Vielzahl rechtlicher Regelungen diskriminiert die selbstgewählte Form des Zusammenlebens von Schwulen und Lesben. Auf kommunaler Ebene ist hier das Miet- und das Schadensersatzrecht zu nennen, die im Einzelnen extreme Nachteile für Schwule und Lesben beinhalten und dies aufgrund der Eheprivilegien, die ihnen noch nicht zukommen. Um diese Nachteile abzubauen setzt sich die PDS/Marburger Linke ein:

- Um das Zusammenleben in bisher nicht anerkannten Lebensweisen zu ermöglichen, müssen Wohnberechtigungsscheine zusammengelegt werden können.
- Bei Sorgerecht/Pflegschaft und Adoptionen müssen die Bedürfnisse des Kindes ausschlaggebend sein. Homosexuelle Lebensgemeinschaften sind hierbei gleichberechtigt zu behandeln.

Der Alltag homosexueller Menschen ist durch unterschiedlichste Diskriminierungsstrukturen geprägt. Dazu kommen körperliche Übergriffe. Gewalttaten an homosexuellen Menschen sind ein Bereich, der sich trotz Vorurteilsminimierung gegenüber Schwulen und Lesben nicht verringert. Sexuelle Orientierung wird zum Anlass genommen, sexuelle und misshandelnde Übergriffe zu begehen.

- Ursachen der Gewalt müssen untersucht und wirksam bekämpft werden.
- Für Schwule und Lesben müssen Selbstverteidigungskurse angeboten werden.
- Eine Lesbenbeauftragte und ein Schwulenbeauftragter sind als AnsprechpartnerInnen für Diskriminierte bzw. Betroffene anzustellen.

Die PDS/Marburger Linke möchte Lesben und Schwulen einen kulturellen Raum ermöglichen. Wir fördern und unterstützen:

- Veranstaltungen wie Schwuler Herbst und die Lesbische Woche;
- Gruppen wie Lesben leben gegen den Strom, Tuntonia e.V., Ökumenische Arbeitsgruppen Homosexuelle und Kirche e.V., Lesbische Theologinnen, AIDS-Hilfe, FrauenLesben Café.

## MarburgerInnen ohne deutschen Pass

MarburgerInnen ohne deutschen Pass stehen vielen zusätzlichen Problemen im Vergleich zu ihren deutschen MitbürgerInnen gegenüber: Sprachprobleme, Diskriminierung durch Teile der Bevölkerung und durch staatliche Institutionen, rassistische Gewalt, um nur einige zu nennen.

Um Nichtdeutsche bei der Bewältigung dieser Schwierigkeiten zu unterstützen, sollte die Stadt Marburg

- antirassistische Aktivitäten und Initiativen fördern;
- Maßnahmen unterstützen, die MigrantInnen vor rassistischer Gewalt schützen (Selbstschutz, dezentrale Unterkünfte für AsylbewerberInnen, ...);
- die Selbstorganisation von MigrantInnen fördern;
- sich gegen die Residenzpflicht aussprechen, die es AsylbewerberInnen verbietet, ihren Meldeort ohne Genehmigung zu verlassen;
- die Arbeit des AusländerInnenbeirats sowie deren Effektivität fördern, da Nichtdeutschen häufig eine Organisation fehlt, die ihre Interessen wahrnimmt. Regelmäßige Gespräche zwischen dem Beirat und dem Magistrat sollten zur Regel werden.

Ein wirkungsvoller Ausländerbeirat ist besonders notwendig, da den meisten AusländerInnen noch immer das kommunale Wahlrecht

verwehrt ist. Die Stadt sollte stärker bei den ausländischen BürgerInnen der Europäischen Union, die sich an den Kommunalwahlen beteiligen dürfen, dafür werben, dass sie sich in die Wahllisten eintragen.

## AussiedlerInnen integrieren

Auch in Marburg nimmt die Zahl von AussiedlerInnen aus dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion stetig zu. Obwohl rechtlich allein dadurch gegenüber den anderen MigrantInnen privilegiert, dass sie in der Regel als Deutsche mit allen Rechten gelten, gestaltet sich ihre Integration schwierig. Gerade viele Jugendliche sind gegen ihren Willen mit nach Deutschland gekommen. Sie sehen sich eher als RussInnen denn als Deutsche und bilden eine sehr geschlossene Subkultur.

Die PDS/Marburger Linke begreift auch die Zuwanderung von AussiedlerInnenfamilien nicht nur als zu respektierende und nachvollziehbare Freizügigkeitsentscheidung, sondern als Chance einer kulturellen Bereicherung.

Gerade deshalb wenden wir uns aber auch gegen die weitgehende Tabuisierung der Integrationsprobleme dieser zahlenmäßig sehr großen MigrantInnengruppe. Es gibt keine offiziellen Statistiken über ihre Zahl, ihre Konzentration auf bestimmte Wohngebiete, ihren Anteil an den Arbeitslosen und SozialhilfeempfängerInnen.

Offensichtlich ist dennoch, dass AussiedlerInnen in Marburg nahezu ausschließlich auf dem Richtsberg und dem Tannenbergl und dort jeweils wiederum in bestimmten Straßen und Häuserblocks wohnen. Die damit zunehmenden Tendenzen zur Ghettoisierung erschweren die Integration. Ihre Teilnahme am Kultur-, Sport- und Vereinsleben ist völlig unzureichend. Im öffentlichen und politischen Diskurs dieser Stadt kommen sie noch weit weniger vor, als MarburgerInnen ohne deutschen Pass.

Jugendliche aus der ehemaligen Sowjetunion leiden besonders stark an Eingewöhnungs- und Identitätsproblemen. Viele sind von ihren Familien einfach mitgenommen worden und haben ihre Freunde dort lassen müssen, beherrschen die russische Sprache als Muttersprache weit besser als Deutsch, spüren Ablehnung und suchen Halt in einer ausschließlich „russischen“ Bezugsgruppe von Gleichaltrigen.

Es herrscht bestenfalls wechselseitige Ignoranz, nicht selten aber auch verbale und körperliche Auseinandersetzung mit den hier geborenen deutschen oder auch ausländischen Jugendlichen.

Die Jugendarbeit hat angesichts dieser Entfremdung insoweit kapituliert, dass sie das Ziel unmittelbarer Integration zurückgestellt hat und getrennte Jugendarbeit erprobt. Dies gilt sowohl für die unmittelbare städtische Jugendarbeit als auch die des Internationalen Bundes für Sozialarbeit (IB) auf dem Richtsberg.

In vielen pädagogischen Einrichtungen der Stadt (Kindergärten, Schulen, freie Bildungsträger), aber auch der offenen Jugendarbeit, herrscht neben Resignation vor allem auch Konzeptionslosigkeit angesichts der massiven Integrationsprobleme. Es darf nicht erwartet werden, bis sich die, öffentlich weitgehend tabuisierten Ressentiments, gewalttätig entladen.

Die PDS/Marburger Linke fordert daher die Benennung einer/s Integrationsbeauftragten der Stadt Marburg – hierbei geht es insbesondere um eine klare Kompetenzzuweisung – mit folgenden Aufgaben:

- eine umfassende Bestandsaufnahme der Integration der Bevölkerungsgruppe der AussiedlerInnen in Zusammenarbeit mit dem Sozialplaner zu erstellen;
- einen Runden Tisch „AussiedlerInnen-Integration“, einzurichten, an dem VertreterInnen der Betroffenen, der Stadt und der Institutionen, die sich pädagogisch oder mit der beruflichen Integration von AussiedlerInnen beschäftigen, sich zu einem regelmäßigen Erfahrungsaustausch und der Erarbeitung von Vorschlägen zur konkreten Beförderung der Integration treffen;

- diese MigrantInnengruppe in das Projekt Marburg 2030 konzeptionell einzubinden. Unmittelbar ist es unerlässlich, dass der IB, der auf dem Richtsberg ein vorerst auf drei Jahre befristetes Modellprojekt durchführt, einen weiteren Raum für seine Arbeit mit jugendlichen AussiedlerInnen erhält.

## **Pflegebedarf abdecken**

Die Pflege schwachen, kranken, behinderten und alten Lebens ist kein Produkt, dessen Preis dem Spiel von Angebot und Nachfrage überlassen bleiben darf.

Marburg braucht eine langfristige Altenplanung. Anhand der Bevölkerungsstatistik soll so genau wie möglich der Bedarf an Alten- und Pflegeheimplätzen ermittelt werden. Gemeinsam mit den freien Trägern und der Stiftung St. Jakob muss er gedeckt werden. Selbstverständlich sollte die Kommune durch freiwillige Leistungen ein Angebot stimulieren und fördern, das Unterstützung und Pflege in hoher Qualität sichert.

Gemeinsam mit ExpertInnen aus den Bereichen Gerontologie, Psychologie, Soziologie, Pflegewissenschaften sind Qualitätskriterien zu entwickeln, die auch die Förderung verbliebener Fähigkeiten einschließt.

Es ist eine Anlaufstelle zu schaffen, die Ombudsfunktion für HeimbewohnerInnen bzw. deren Angehörige hat. Alljährlich ist ein Pflegebericht vorzulegen.

Niemand in dieser Stadt sollte allein aus finanziellen Gründen gezwungen sein, in den letzten Jahren seines Lebens seine Intimität aufzugeben und in einem Mehrbettzimmer zu leben.

Dienste, die es Pflegebedürftigen ermöglichen, in ihren eigenen vier Wänden so selbstbestimmt wie möglich zu leben, verdienen die Unterstützung der Kommune.

---

## Barrieren für Behinderte beseitigen

Die PDS/Marburger Linke tritt dafür ein, dass die verschiedenen Selbsthilfegruppen von Menschen mit Behinderungen unterstützt, bauliche Barrieren so weit als möglich beseitigt werden. Wo dies nicht möglich ist, sollte man sensibel nach Ersatzlösungen suchen.

Die Erfahrungen in vielen europäischen Ländern sprechen dafür: Marburg soll sich dafür einsetzen, dass Kinder mit und Kinder ohne Behinderungen gemeinsam Kindergärten und Schulen besuchen (vgl. Kapitel „Bildung“).

Einrichtungen und Vereine, die in Marburg kulturelle Angebote machen, sollen von der Stadt nur dann unterstützt werden, wenn sie sicherstellen, dass Behinderte diese Angebote wahrnehmen können, z. B. indem von erforderlichen Begleitpersonen keine Eintrittsgelder erhoben werden und die Zugänglichkeit für Rollstühle gewährleistet ist.

Selbstverständlich dürfen kommunale „Events“ (Ehrungen, Jubiläen, Kultur aller Art) nur in Räumen stattfinden, die auch für schwere Rollstühle zugänglich sind. Kommunalpolitische Informationen sollen auch auf Hörkassette und in Blindenschrift angeboten werden.

---

## Kein Rotstift bei der sozialen Gerechtigkeit

Politik braucht ein Konzept, einen roten Faden. Wir meinen, dieser Faden sollte die Würde der und des Einzelnen sein, durch alle Phasen des Lebens. Das Kulturniveau einer Gesellschaft misst sich daran, wie gut es den benachteiligten Mitgliedern geht.

Vereine, die Menschen in besonders schwierigen Lebenssituationen Hilfe anbieten, sollen Zuwendungen aus dem städtischen Haushalt und langfristige Planungssicherheit bekommen,

indem die Finanzmittel vertraglich abgesichert werden. Dies gilt ohne moralische oder weltanschauliche Vorurteile z.B. für den Schwulenverein Tuntonia, die Sexualberatung der Pro Familia, den Verein Frauen helfen Frauen sowie für den Sozialdienst katholischer Frauen.

## „Vermarktwirtschaftlichung“ sozialer Arbeit stoppen

Über Jahre zeichnete sich die Marburger Situation im Bereich sozialer Angebote für die Bevölkerung durch ihre Vielseitigkeit und Differenziertheit aus. Dies ist unter anderem auch der flexiblen Handlungsweise verschiedener städtischer Ämter zu verdanken, die die zahlreichen Initiativen von Betroffenen und Vereinen mehr oder weniger fachlich und finanziell unterstützten. Das Engagement dieser Initiativen, Vereine usw. zählt sich im wahrsten Sinne des Wortes auch für den städtischen Haushalt aus, da diese Träger ihre Angebote häufig über zusätzliche EG-, Bundes- oder Landesmittel (mit-)finanzieren.

Da es aber für viele Träger sozialer Hilfsangebote immer schwieriger wird, ergänzende Finanzierungsmöglichkeiten außerhalb städtischer Mittel zu realisieren, wächst der Finanzierungsdruck auch gegenüber der Kommune.

Eine Reaktion der Stadt Marburg auf die sich zuspitzende Finanzsituation ist, mit vermeintlich betriebs- und marktwirtschaftlichen Methoden die sogenannte Effektivität bestimmter Einrichtungen und Angebote zu erhöhen. Ein greifbares Ergebnis in diesem Prozess sind die neuen Leistungsvereinbarungen, die die Stadt mit verschiedenen Anbietern und Trägern sozialer Einrichtungen (z.B. AKSB, BSF, IKJG) abgeschlossen hat.

Die PDS/Marburger Linke sieht hier die Gefahr, dass dadurch wirtschaftliche Steuerungsinstrumente geschaffen werden, die die Autonomie dieser, in der Regel als Vereine organisierten, Einrichtungen beschneiden. Wir werden auch zukünftig verfolgen, welche Auswirkungen auf die konkreten Angebote dieser Einrichtungen das neue Steuerungsinstrument

„Leistungsvereinbarung“ hat und dieses in der Öffentlichkeit, dem Parlament und seinen Ausschüssen problematisieren.

Fakt ist schon jetzt, dass viele Maßnahmen nicht mehr ausschließlich sozialen und pädagogischen Erfordernissen untergeordnet werden, sondern am vermeintlich finanziell Machbaren orientiert sind. Dazu kommt, dass die Praxis der Leistungsvereinbarungen eher zur Steigerung einer Konkurrenz unter den Trägern beiträgt, und in den verschiedenen Vereinen die Arbeitsverdichtung und damit die Arbeitsbelastung zunimmt, was weder im Interesse der hilfeschuchenden Bürgerinnen und Bürger, noch im Interesse der Beschäftigten dieser Träger sein kann.

Prinzipiell halten wir eine Aufstockung des Personals und damit der finanziellen Ausstattung dieser Träger für notwendig, da die psychosozialen und ökonomischen Problemlagen bestimmter Bevölkerungsgruppen in Zeiten von hoher Beschäftigungslosigkeit, von

Ausbildungsplatzmangel und von zunehmenden deregulierten Arbeitsverhältnissen eher zuzunehmen abnehmen.

So liegt der Anteil der Bevölkerung, der auf Sozialhilfe angewiesen ist, in den Stadtteilen Waldtal, Richtsberg und Tannenbergr immer noch bei rund zwanzig Prozent, mit einem größeren werdenden Teil von Jugendlichen.

Die PDS/Marburger Linke wird die dazu notwendige haushaltspolitische Umorientierung nicht alleine durchsetzen können. Wir möchten mit allen Betroffenen dieses Prozesses der Vermarktlichung sozialer Arbeit in der Diskussion bleiben und an jedem konkreten Punkt der parlamentarischen Umsetzung alternative Vorschläge entwickeln.

## **Sozialhilfe ist kein Almosen**

Ende 1999 bezogen in Marburg insgesamt 3.706 Personen laufende Hilfe zum Lebensunterhalt. Jedes siebte Kind bis zum Alter von sechs Jahren lebt von Sozialhilfe. Armut ist

## **Geheimsache Sozialhilfe**

Die Kosten der Sozialhilfe werden von den Kreisen und Kommunen getragen. Deshalb ist es nicht verwunderlich, dass die Stadt Marburg wenig Anstrengungen unternimmt, um Bedürftige – wie vorgeschrieben – auf ihre Rechte aufmerksam zu machen. Dies wäre dringend notwendig, da viele Menschen aus Unwissenheit und anderen Gründen den Gang zum Sozialamt meiden und unterhalb der offiziellen Armutsgrenze leben.

Die PDS/Marburger Linke hatte deshalb beantragt, dass eine Informationsbroschüre zur Sozialhilfe an alle Haushalte verteilt werden sollte. Dies wurde durch die Bank von allen anderen Stadtverordneten abgelehnt. Selbst als die PDS/Marburger Linke forderte, das Heft der Bundesregierung wenigstens in fünf Ämtern auszulegen, gab es keine Zustimmung. Auch für die einmaligen Beihilfen (z.B. Kleidergeld) gilt weiterhin das Mot-

to: „Was ich nicht weiß, macht mich nicht heiß.“ Die Art dieser Beihilfen und ihre Höhe sind nur ExpertInnen bekannt. Deshalb hatte die PDS/Marburger Linke – erfolglos – verlangt, alle Beihilfen in einer Liste zu erfassen und interessierten BürgerInnen zugänglich zu machen. Auf Ablehnung stieß auch die Forderung nach einer Rückkehr zu normalen Öffnungszeiten beim Sozialamt.

Im Stillen kam es zu einer kleinen Verbesserung. Im Sozialamt liegt die Broschüre jetzt zeitweise aus, im Stadtbüro ist sie immerhin hinter der Theke vorhanden und laut Sozialdezernentin Kober soll sie auch im Rathaus sichtbar vorhanden sein.

Andere Vorstöße der PDS/Marburger Linke, etwa zur Aufstockung der Mittel für InhaberInnen des Arbeitslosen- oder des Stadtpasses, sowie für Sozialinitiativen haben bisher nicht zum Erfolg geführt.

aber weiter verbreitet. Ungefähr ebenso viele Menschen verzichten aus Unwissen, Scham oder anderen Gründen darauf, Sozialhilfe in Anspruch zu nehmen.

Wie bereits in den letzten Jahren wird sich die PDS/Marburger Linke einsetzen für:

- die Rückkehr zu Öffnungszeiten und Zugangsmodalitäten des Sozialamtes wie bei allen anderen städtischen Ämtern auch;
- eine ausreichende Information der Bevölkerung über die rechtlichen Voraussetzungen von Sozialhilfebezug;
- die regelmäßige Einberufung der Sozialhilfekommission.

Es ist unverständlich, warum das Stadtparlament eine Sozialhilfekommission wählt, die dann aber kein einziges Mal einberufen wird. Hier wäre der Ort, die Arbeit des Marburger Sozialamtes transparenter zu machen und die Bewilligungspraktiken, die Öffnungszeiten, Beschwerden von SozialhilfeempfängerInnen, aber auch mögliche Verbesserungen in den Arbeitsbedingungen der MitarbeiterInnen dieses Amtes, die nicht auf Kosten des Service-Niveaus gehen, zu diskutieren.

Die Kommission könnte im Übrigen auch ein Gremium zur besseren Koordinierung der Arbeit verschiedener Ämter und Vereine werden, die mit Menschen arbeiten, die sich im Sozialhilfebezug befinden und denen Angebote zur Wiedereingliederung ins Berufsleben gemacht werden.

## Armut statt Arme bekämpfen

Früher gab es auf dem Marktplatz drei Bänke, dann nur noch eine und dann lange Zeit gar keine. Und auch am Eingang zur Wettergasse ist eine Rundbank verschwunden. Damit soll auf die sanfte Tour erreicht werden, dass sogenannte unerwünschte Personen sprich Obdachlose, Drogenabhängige und BettlerInnen aus der Altstadt verschwinden. Ihr Anblick

und ihre gelegentlichen „Belästigungen“ sollen TouristInnen und Kauflustigen erspart bleiben.

Die Folgen sind, dass

- man sich vom Bummeln oder Wandern nur noch in Cafés oder Kneipen ausruhen kann. Alte und arme Menschen werden dadurch ausgegrenzt;
  - die Obdachlosen sich einen neuen Treffpunkt an der Elisabeth-Kirche auserkoren haben.
- Dieses Herangehen ist symptomatisch für eine Politik in Land und Bund, die statt die Armut zu bekämpfen, gegen die Armen vorgeht und die bei der Kriminalität weniger auf Vorbeugung und Hilfe als auf Ausgrenzung und Einschränkung demokratischer Rechte setzt.

Bürgerinnen und Bürger haben ein berechtigtes Sicherheitsbedürfnis. Dieses wird nicht nur von RechtsextremistInnen, sondern auch von der CDU und oft auch von der SPD missbraucht, um verschärfte Polizeigesetze durchzuboxen. Dies ist auch in Hessen der Fall, obwohl seit Jahren kein Anstieg der Kriminalität festzustellen ist. Wichtige BürgerInnenrechte werden durch verdachtsunabhängige Personenkontrollen, Videüberwachung des öffentlichen Raums, ein verschärftes Demonstrationsrecht und den Einsatz von HilfspolizistInnen und privaten Sicherheitskräften beschnitten.

Die PDS/Marburger Linke

- lehnt jegliche polizeiliche oder private Videüberwachung von Plätzen und Straßen in Marburg ab. Dadurch wird Kriminalität allenfalls verlagert;
- wendet sich gegen die Ausweitung privater Sicherheitsdienste;
- spricht sich gegen den Einsatz von freiwilligen HilfspolizistInnen aus.

Die PDS/Marburger Linke ist der Meinung, dass hoheitliche Aufgaben nicht an Privatpersonen übertragen werden dürfen, und dass die beste Kriminalitätsbekämpfung in Vorbeugung und Hilfe besteht.

Die PDS/Marburger Linke fordert deshalb:

- einen runden Tisch einzurichten, an dem Obdachlose, Drogenabhängige, Geschäftsleute, VertreterInnen der Politik, der Ordnungsbehörden und sozialer Einrichtungen einen

Konsens erzielen sollen, wie bestehende Konflikte im öffentlichen Raum entschärft werden können.

Mögliche Maßnahmen wären:

- entsprechend den Vorschlägen der AIDS-Hilfe Marburg, eine niedrigschwellige Anlaufstelle für Abhängige illegaler Drogen im Zentrum Marburgs einzurichten. Dort können Drogenabhängige sich aufhalten, hygienische Bedürfnisse befriedigen, medizinischen und rechtlichen Rat finden;
- den anderen Obdachlosen und Alkoholabhängigen einen Treffpunkt im Zentrum der Stadt anzubieten, wo die Konflikte mit AnwohnerInnen und PassantInnen möglichst gering wären;
- einen Streetworker für diese Personengruppe einzustellen;
- die öffentlichen Sitzmöglichkeiten an Plätzen wieder auszuweiten.

## ***Bildung, Kultur und Sport***

### **Schulvielfalt bewahren**

Marburg verfügt über ein breit gefächertes Schulangebot: neben 15 Grundschulen – wobei die Otto-Ubbelohde-Schule die einzige 6-jährige Grundschule in Hessen ist – gibt es Haupt- und Realschulen, Förderstufen, Sonderschulen, Gymnasien, Fach- und Berufsschulen, eine integrierte Gesamtschule und Schulen in privater Trägerschaft. Diese vielfältige Schullandschaft trägt sehr zur Attraktivität der Stadt und des Kreises bei.

Dieser Sachverhalt ist jedoch kein Grund zur Selbstzufriedenheit. Die Schulpolitik in Marburg muss vorausschauend und offen sein für Weiterentwicklungen und veränderte gesellschaftliche Bedingungen. Die Kinder und Jugendlichen sind unsere Zukunft. Investitionen in Bildung und Ausbildung, in soziales Lernen und Integration, sind daher von großer Bedeutung. Die Investitionen in Bildung müssen daher deutlich erhöht werden.

### **Schulpolitik den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen anpassen**

Seit Jahren bereits steigen die SchülerInnenzahlen drastisch an. Die Marburger Schulpolitik reagiert darauf verhalten bzw. restriktiv. Vereinzelt werden wenige Fachräume angebaut

oder umgenutzt. Mit Hilfe von Kapazitätsbeschränkungen an den Gymnasien will man die „SchülerInnenberge“ auf Höchstgrenzen festschreiben. Dies bedeutet für Marburger SchülerInnen, dass sie nicht mehr sicher sein können, das Gymnasium ihrer Wahl besuchen zu können. Für Landkreiskinder gibt es gar keine Sicherheit mehr, überhaupt einen Gymnasialschulplatz zu erhalten. Dieses Steuerungsinstrument ist deshalb ungerecht und beschränkt die freie Schulwahl. Auch die Haupt- und Realschulen sind nahezu überfüllt. Andererseits gibt es freie Kapazitäten z.B. an der Richtsberg-Gesamtschule, die jedoch nicht genutzt werden. Fazit: Überall gibt es Unzufriedenheit mit den praktizierten Steuerungsmitteln. Deshalb ist eine neue und offen geführte, konstruktive schulpolitische Diskussion dringend geboten. Zentrale Inhalte für uns sind:

- Eine vorausschauende Schulpolitik, die an den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen orientiert ist und die vielfältige Schullandschaft vor Ort in diesem Sinne beeinflusst.
- Schaffung von Ganztagschulen.
- Dem vielfältigen Schulangebot in Marburg muss Rechnung getragen werden, ohne einzuschränken. Die Kapazitätsbeschränkungen an der Martin-Luther-Schule (MLS) und der Elisabethschule (ES) stehen der freien Schulwahl von SchülerInnen und Eltern entgegen und konterkarieren zudem die Bestrebungen der Schulen nach einem eigenen Profil

(Schulprogramm). Kreis-SchülerInnen sind hiervon in besonderer Weise betroffen. Der Bau von weiteren Schultrakten/Klassen- bzw. Fachräumen für weitere Schulklassen, die multifunktional angelegt und ausgestattet sind, ist deshalb ein zukunftsweisender schulpolitischer Beitrag.

- Die Einschränkung der freien Schulwahl und die Kapazitätsbeschränkungen lehnen wir strikt ab.
- Einrichtung einer reformierten Oberstufe an der Richtsberg-Gesamtschule (RGS). Dann können endlich auch die SchülerInnen der RGS an ihrer Schule bis zum Abitur geführt werden. Moderne pädagogische Konzepte und Integration können so bis zur Hochschulreife an einem Ort praktiziert werden, was zudem für die Schule einen erheblichen Image-Gewinn bewirken würde.
- Öffnung des Gymnasiums Philippinum für Englisch als 1. Fremdsprache. Die Kapazitätsbeschränkungen der MLS und der ES fordern Zugeständnisse von anderen Schulen gleicher Schulform. Es ist unsozial, GymnasiastInnen eine bestimmte Sprachenfolge vorzuschreiben, um ein Gymnasium besuchen zu können. Insbesondere sind hiervon Kreiskinder betroffen.
- Zwei der drei Haupt- und Realschul-Standorte in Marburg sind bereits seit Jahren stark ausgelastet und müssen z.T. bereits Klassen auslagern (Theodor-Heuss-Schule). Eine Stärkung der Friedrich-Ebert-Schule ist deshalb dringend geboten. Das 10. Hauptschuljahr ist an allen drei Schulen einzurichten (THS, EvB, FES).
- Förderung von modernen pädagogischen Konzepten, wie „Öffnung von Schule“ und Ganztags-Angeboten.
- Stärkung der Förderstufe an der Erich-Kästner-Schule oder Einrichtung einer weiteren 6-jährigen Grundschule in Cappel.
- Die Betreuungsangebote an den Grundschulen in Marburg müssen erhalten bleiben. Eine Einschränkung in den Öffnungszeiten oder die Reduzierung des Personals werden abgelehnt, stehen sie doch der Berufstätigkeit

von Eltern entgegen. Darüber hinaus hat Betreuung von Schulkindern neben sozialen Aufgaben auch psychologische, denn die Kinder lernen frei und im Spiel mit Gleichaltrigen soziale Kompetenz, die ihnen in der heutigen Zeit häufig andernorts nicht mehr ausreichend geboten werden (können). Betreuung ist dabei nicht nur auf Gebiete mit besonderen sozialen Konfliktpotentialen zu beschränken. Vielmehr soll weiterhin in allen Wohngebieten bzw. an allen Marburger Grundschulen, Spiel und Spaß, Einübung von sozialem Verhalten und Betreuung durch Fachpersonal sichergestellt bleiben. Das bedeutet: Die finanzielle und personelle Ausstattung sowie ein angemessener Sachmitteleinsatz sind für alle Betreuungsangebote sicherzustellen. Fördervereine bzw. Elterninitiativen sind zudem in besonderer Weise zu unterstützen.

- Förderung der Kooperation Jugendhilfe und Schule, insbesondere in Bezug auf soziales Lernen, Konfliktlösungsstrategien, Integration, Gewalt, Gleichberechtigung u.a.m. Hier sind die verschiedenen Träger gleichwertig zu berücksichtigen. Hinsichtlich der Ganztagsbestrebungen sollten Initiativen von Jugendhilfeeinrichtungen besonders gefördert werden, die, wie zum Beispiel der Internationale Bund (IB) und die Bürgerinitiative für Soziale Fragen (BSF) an der Richtsberg-Gesamtschule, vier Mal in der Woche Hausaufgabenbetreuung für die Jahrgangsstufen 5-10 anbieten.
- Stärkung der Elternarbeit und der Elterngruppen durch aktive Einbeziehung seitens der Politik und der Verwaltung. Kooperation und Förderung von Eltern- und SchülerInnen-Initiativen.
- Unterstützung der Verknüpfung des Bereiches Schule und Kultur (z.B. die Stadt fördert schulische Kunstprojekte, Kunstfahrten, Einführung einer SchülerInnen-Kunst-Woche und Gewährung von Ausstellungsräumen, ...)
- Erhalt und Ausbau der Volkshochschule. Damit die Vielfalt des Angebots der VHS er-

halten, die Kurse für jeden erschwinglich bleiben und die Situation des Lehrpersonals verbessert wird, ist es erforderlich, dass das Land seine Mittel wieder aufstockt. Sollte dies nicht gelingen, muss die Stadt Marburg einen finanziellen Ausgleich schaffen.

## Integration erhalten

Marburg ist zentraler Schulstandort auch für Familien mit behinderten Kindern, sowohl aus der Stadt, wie aus dem Landkreis. Viele Familien ziehen sogar extra hierher, um die Vorteile der schulischen Integration ihren Kindern zukommen zu lassen. Die Bildungspolitik der Landesregierung wirft die Pädagogik vor Ort um viele Jahre zurück und nötigt die Lehrkräfte mittels Gesetze, Richtlinien und Verordnungen usw. zu Maßnahmen und Sanktionen, die moderne Lehr- und Lernmethoden häufig konterkarieren.

## Gegen den Rotstift an den Schulen

Dass die Otto-Ubbelohde- und die Fronhofschule eine Mehrzweckhalle brauchen, das hat auf Antrag der PDS/Marburger Linke das Stadtparlament bereits 1997 festgestellt. Bis zum Bau scheint es aber noch ein langer Weg zu sein, da dieser erst erfolgen soll, wenn die Pläne für die Umgestaltung des gesamten Fronhofgeländes unter Dach und Fach sind.

Weniger erfolgreich war die linke Fraktion bei anderen Initiativen zu bildungspolitischen Themen. Ihre Haushaltsanträge zum Ausgleich der Kürzungen der Landesmittel für Betreuungsangebote an der Brüder-Grimm- und der Friedrich-Ebert-Schule wurden ebenso abgelehnt wie solche zur Verbesserung der Kindergarten- und Krippenversorgung.

Ein Teilerfolg konnte der Protest gegen die Aufhebung Gültigkeit der SchülerInnenfahrkarten in der Ferien erzielen. Die Mittel (110.000 DM) blieben erhalten.

- Auch wenn rechtliche Vorgaben bindend sind, sollte in Marburg weiterhin Integration an den Grundschulen und den weiterführenden Schulen erhalten bleiben. Schulpolitik vor Ort entscheidet hierüber mit.
- Die Erich-Kästner-Schule und die Richtsberg-Gesamtschule müssen als Angebotsschulen für Integration erhalten bleiben.
- Die Sonderschulen erhalten – bedingt durch die Schulpolitik des Landes – derzeit immer mehr Zulauf. Deshalb sollten die räumlichen, sächlichen und personellen Voraussetzungen geschaffen werden, um diesen SchülerInnen bestmögliche Entwicklungschancen zu bieten bzw. zu erhalten. Notfalls sind auch kurz- und mittelfristige Lösungen an zu streben, um die Lernbedingungen nicht unnötig zu verschlechtern. So benötigt z.B. die Fronhofschule dringend Schul- und Therapie-räume sowie eine Fachkraft für Motologie. Ebenso sind die Lernbedingungen an den anderen Sondereinrichtungen zu optimieren.

## Schulbauten, Schulhöfe, Ausstattung

- Zahlreiche Schulgebäude brauchen in den nächsten Jahren eine Renovierung. Diese sollte nach modernen baulichen Aspekten und unter Berücksichtigung ökologischer Belange vorgenommen werden. Die aktuellen wie zukünftigen Nutzungsansprüche durch die jeweilige Schule sind bereits frühzeitig mit den Schulen (verschiedenen Schulgremien) abzustimmen. Dabei sollen auch die Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler berücksichtigt werden (z.B.: SV-Raum, Oberstufen-Pausenraum/-Terrasse, Freizeit- bzw. Spielangebote für die Sek I, Gesprächszimmer, Arbeitsräume, Pausenhalle/Aula usw.).
- Der Fronhofschule sind aufgrund der von der Landesregierung verursachten Doppelzügigkeit schnellstmöglich weitere Unterrichts-räume zur Verfügung zu stellen. Gleichzeitig ist die Errichtung des sonderpädagogischen Förderzentrums (nahe der Pestalozzi-Schule) voranzutreiben.
- Der Bau eines Mehrzweckraumes auf dem

Fronhofgelände (in der Größe einer Einfelder-Halle zzgl. Bühne und die erforderlichen Nebenräume) für die Otto-Ubbelohde-Schule und die Fronhofschule, ist ein vor-dringliches Ziel. Der im Oktober 2000 beschlossene Rahmenplan Fronhof muss umgehend in die verbindliche Bauleitplanung übergehen. Auch bei diesem Schulbau sind, neben der intensiven Einbindung der schulischen Gremien, die ökologischen Aspekte bei der Planung und dem Bau bzw. der Ausstattung zu beachten.

- Bau bzw. Anbau von weiteren Klassen- und Fachräumen, wo Bedarf besteht. Dabei sollte bereits bei der Planung eine möglichst große Nutzungsvielfalt berücksichtigt, um zukünftige Bedarfsänderungen schon heute Rechnung zu tragen.
- Weiterhin: Erneuerung der Schulhöfe unter Berücksichtigung der jeweiligen SchülerInnen-Interessen und -Altersstufen. Einrichtung von Schulgärten, wo gewünscht. Die Mitwirkung von SchülerInnen und Eltern an einem Planungskonzept, wie auch an der Umsetzung, wird begrüßt.

## Schulwege, Schulwegsicherheit und Schülerbeförderung

- Die Stadt Marburg benötigt einen gesamt-städtischen Schulwegeplan, in dem u.a. die zentralen und untergeordneten Schulwege der SchülerInnen klassifiziert sind und besondere Gefahrenpunkte aufgezeigt werden. Dieser „Marburger Schulwegeplan“ sollte zur Schulwegesicherung und zur konkreten Unterstützung der NutzerInnen des Umweltverbundes (FußgängerInnen, RadfahrerInnen und NutzerInnen des ÖPNV) dienen. Darüber hinaus kann hiermit ein wesentlicher Beitrag zur kinder- bzw. familienfreundlichen Stadt geleistet werden (Vgl. Kapitel „Verkehrspolitik“).
- Dringend erforderlich sind weitere Tempo-reduzierungen (max. 30 km/h) und deren Überwachung, sowie Querungshilfen (Fußgängerampeln, Mittelinseln, Zebrastrifen,

Fahrbahneinengungen usw.) und eine bes-sere Beleuchtung der Schulwege. Die trifft auf das Kernstadtgebiet aber auch auf die Stadtteile zu.

- Die SchülerInnen-Beförderung ist zu opti-mieren. Dies betrifft die Abfahrtszeiten und Standorte der Haltestellen ebenso wie den Einsatz zusätzlicher Fahrzeuge in den Spitzenzeiten (morgens und mittags). Die Ab-stimmung zwischen den Stundenplänen der verschiedenen Schulen und den Bus-fahrplänen muss dringend verbessert werden.
- Die Busverbindungen aus den Stadtteilen und insbesondere aus dem Kreis erfordern häufig eine bessere Abstimmung mit den Un-terrichtszeiten. Hier sind auch die Bahn-an-schlüsse zu berücksichtigen.
- Mittelfristig sollte pro SchülerIn ein Sitzplatz im Bus zur Verfügung stehen.
- Darüber hinaus sollen die SchülerInnen-Fahrkarten auch in den Ferien gelten, d.h. Wiedereinführung einer SchülerInnen-Jah-reskarte.
- Die geltenden Regelungen zur Berechtigung von SchülerInnen-Fahrkarten sollten über-prüft und auf die topographischen Beson-derheiten, sozialen Zusammenhänge und auf die Marburger Schullandschaft besser abge-stimmt werden.

---

## Kultur statt Kommerz

Die vielfältige Kulturszene Marburgs ist ein wichtiger Bestandteil der Lebensqualität der Stadt. Diese Kulturlandschaft muss sich weiter-entwickeln können – ohne kommerzielle oder parteipolitische Vorgaben. Diesen Prozess fi-nanziell abzusichern, ist eine der wichtigsten Aufgaben kommunaler Politik.

- Die neue Kunsthalle muss offen sein für alle Darstellungsformen. Der Dialog zwischen dem Kunstverein und den Initiativen ist von der Stadt zu fördern.
- Das neue Multiplex-Kino darf nicht zur Ver-ödung des Filmangebotes in Marburg füh-

ren. Sollte dies doch geschehen, muss die Stadt durch Förderung des Oberstadtkinos und nichtkommerzieller Filmvorführungen dies kompensieren.

## Kultur für alle Jugendlichen

Kulturell hat Marburg jungen Menschen viel zu bieten. Aber das Kulturangebot – wie z.B. im KFZ oder im selbstorganisierten Café Trauma – richtet sich vor allem an die Studierenden. Andere Jugendliche haben in Marburg kaum Gelegenheit, an einer selbstorganisierten, nicht kommerziellen Jugendkultur teilzuhaben.

Das Kulturangebot Marburgs besitzt oftmals auch einen stolzen Preis: Preise über 10 DM für kleinere Konzerte sind Normalität und nicht für alle Jugendliche erschwinglich.

Die PDS/Marburger Linke fordert daher:

- dass die Stadt Marburg auf die Landesregierung einwirkt, dem Café Trauma Ersatzräume zur Verfügung zu stellen oder selbst für eine Alternative zum jetzigen Standort zu sorgen, den Wiesbaden in eine Grünfläche umwandeln will;
- dass die Stadt Marburg Räumlichkeiten zur Schaffung einer nicht-kommerziellen, selbstorganisierten Diskothek für die in Marburg lebenden Jugendlichen bereitstellt.

Zu einer lebenswerten Umgebung für Jugendliche gehören außerdem die notwendigen Jugendtreffpunkte. Der Großteil der Marburger Stadtteile ist mit Jugendtreffs abgedeckt: Der Club X, das Haus der Jugend, das KJG oder das BSJ sind als einige Beispiele zu nennen. Die Jugendlichen der Gemeinde Hansenhaus-Glaskopf gingen jedoch bisher leer aus. Die PDS/Marburger Linke fordert deshalb:

- die Errichtung eines Jugendtreffs im Bereich Hansenhaus-Glaskopf.

In Marburg existieren viele Nachwuchsbands, es mangelt jedoch an den notwendigen Übungsräumen für die jungen MusikerInnen. Zudem ist für jugendliche Musikinteressierte oftmals schwierig ein eigenes Instrument zu finanzieren, ohne zu wissen, ob dieses Instrument ihnen Spaß bereitet. Viele erfahrenere Marburger KünstlerInnen sind im Besitz von

ungenutzten Zweit- und Drittinstrumenten, die als Einstiegsinstrumente geeignet wären. Die PDS/Marburger Linke fordert deshalb:

- die Stellung von Räumlichkeiten, die als Übungsräume für Nachwuchsbands geeignet sind;
- eine Kampagne zur Schaffung eines, an die Übungsräume angegliederten, Instrumentenlagers.

## Sport für alle

Ob Fußball Leichtathletik, Schwimmen, Judo oder Tischtennis – Sport ist wichtig. Dies gilt nicht nur für den Erhalt der Gesundheit, sondern weit darüber hinaus ist die sportliche Betätigung von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen ein Stück Selbstverwirklichung. Erproben eigener Fähigkeiten, Herantasten an Grenzen, Erfahrung von Gemeinschaft, Erleben von nicht profitorientierter Aktivität und Produktivität – all das bietet Sport in seinen vielfältigen Erscheinungsformen. Deshalb ist es wichtig, die sportlichen Aktivitäten der Menschen zu unterstützen und zu fördern.

Daher fordern wir:

- Eine Erweiterung der Sportplätze (z.B. an der Lahn), sowie deren kostenlose Nutzung. Mehr Möglichkeiten für Jugendliche, die von ihnen bevorzugten Sportarten (Skaten, Basketball, Rollerblades usw.), auszuüben. Hierbei wäre es wünschenswert, dass die Jugendlichen eigene Vorschläge mit einbringen können;
- die Bereitstellung von (sowieso beheizten) Schulsporthallen für Hobbysportler im Winter (am Wochenende und in den Ferien);
- von der Stadt organisierte Turniere für Freizeitmansschaften diverser Sportarten.
- einen „Runden Tisch“ von VertreterInnen der Stadt, der Schulen, des organisierten Sports, der VHS und freier Gruppen mit dem Ziel, Konzepte und Strukturen zu erarbeiten, die die vorhandenen Mittel zum Wohle aller einsetzen.

# Demokratie und Selbstverwaltung

## Kommunale Finanzen reformieren

Kommunaler Wirtschafts- und Sozialpolitik sind die Grenzen eng gesteckt. Abhängig vom Wohlwollen von Land, Bund und ortsansässigen Unternehmen, sind die Einkommen der Städte und Gemeinden erstens knapp und zweitens schlecht zu planen.

In den letzten Jahren wurden immer wieder die Einnahmeerwartungen im laufenden Jahr nach unten korrigiert. Besonders die Gewerbesteuer ist bei wenigen großen Betrieben in Marburg sehr unsteigend, da sie von den sehr stark schwankenden Gewinnen abhängig ist.

Dieses Problem könnte nur behoben werden, wenn die Finanzierung der Kommunen insgesamt auf stabilere Beine gestellt würde: Zuerst mit einer Revitalisierung der Gewerbesteuer. Dabei würden auch Freiberufler, wie Ärzte und Rechtsanwälte in die Gewerbesteuer einbezogen, die Basis derer, die sie bezahlen also verbreitert. Zudem sollte sich die Gewerbesteuer nicht am Gewinn orientieren, sondern an der Wertschöpfung eines Unternehmens. Die Wertschöpfung ist eine gleichbleibendere Größe als der Gewinn.

Durch die Steuerreform sinken die Einkommensteuern, von denen die Kommunen einen festen Anteil erhalten. Auch die Schlüsselzuweisungen des Landes werden dadurch zurückgehen. Die knappe Haushaltslage der Stadt Marburg wird also nicht besser, interne Umschichtungen, vom Straßenbau zu freiwilligen sozialen Leistungen, von der Portokasse zur Kultur, sind zwar noch möglich, lindern das Problem aber nur.

Die Haushaltspolitik der Fraktion PDS/Marburger Linke wird sich auch weiter daran orientieren, sinnvolle Umschichtungen innerhalb des Haushalts vorzunehmen. Wir werden da-

bei immer eine Veränderung der Rahmenbedingungen einfordern, damit wieder größere Räume für die kommunale Selbstverwaltung geschaffen werden.

Darüber hinaus wird die PDS/Marburger Linke sich Gedanken darüber machen, inwieweit kommunale Steuern und Abgaben eingeführt, bzw. angehoben werden können, die vorrangig besser Verdienende und Unternehmen belasten würden. Dies wäre verantwortbar, zumal sie durch die Steuerpolitik der jetzigen und vorherigen Bundesregierung stark profitiert haben.

## Verwaltungsreform, aber nicht auf Kosten der Beschäftigten

Die Verwaltungsreform findet in Marburg weitgehend unbemerkt statt. Interne Arbeitsgruppen erarbeiten Leitbilder, definieren Produkte, erstellen einen Beteiligungsbericht. Der Prozess läuft also, und bislang ist schwer zu sagen, ob damit eine Verschlingung zu Lasten der MitarbeiterInnen durchgesetzt wird und ob die Bürgerinnen und Bürger etwas davon haben.

Bei der Definition von Produkten werden wir darauf Acht geben, dass die menschliche Seite der Stadtverwaltung im Zentrum steht. Die Umgestaltung darf nicht dazu dienen, Personal abzubauen, zumal Marburg im Vergleich zu anderen Mittelstädten über unterdurchschnittlich viele Beschäftigte verfügt. Außerdem müssen diese an allen Entscheidungen zur Verwaltungsreform, die Einfluss auf ihre Arbeit haben, beteiligt werden.

Sichtbarstes Zeichen der Reform ist das Stadtbüro, das verschiedene Ämter und ihre Aufgaben bündelt. Seine Einrichtung sollte ein

# BürgerInnen beteiligen

Die PDS/Marburger Linke hat sich vielfach für eine Ausweitung der BürgerInnenbeteiligung stark gemacht. Sie hat nicht nur bei den Planungen für das neue Schwimmbad sondern auch bei der Privatisierung der Stadtwerke für eine Diskussion und Beschlussfassung unter Einbeziehung aller Betroffenen plädiert. Beide Male blockte die Mehrheit im Parlament ab. Die Auseinander-

setzung um die Bebauung des Feesergeländes, die das Aktionsforum Stadtentwicklung auslöste, hat zu einem gewissen Umdenken geführt. Ein Antrag der PDS/Marburger Linke, der den Magistrat auffordert, „ein Konzept zur qualitativen Ausweitung und Verbesserung der BürgerInnenbeteiligung bei der Stadtentwicklung zu erarbeiten“ wurde im August 2000 von allen Stadtverordneten befürwortet.

Schritt zu mehr BürgerInnennähe sein. Besser wäre es allerdings, wenn das Büro leichter erreichbar in der Innenstadt läge. An dieser Forderung halten wir fest.

Nun gilt es, den nächsten Schritt zu tun. Eine Bündelung verschiedener Ämter an einem Schreibtisch galt vor einigen Jahren noch als Wunschtraum, eine Verknüpfung von Stadt- und Kreisbehörden ist mittlerweile denkbar. Das Landratsamt sollte mit einigen Aufgaben mit in das Stadtbüro einziehen: vor allem die Kfz-Zulassungsstelle.

Zur Verwaltungsreform gehört eigentlich auch eine Parlamentsreform, die bislang in Marburg brach liegt. Vorlagen und Verfahren sind schon für Stadtverordnete manchmal schwer zu verstehen, für Bürgerinnen und Bürger sind sie ein Buch mit sieben Siegeln. Transparenz, also Nachvollziehbarkeit und Öffentlichkeit, sollte dringendes Anliegen einer Reform sein. Vor allem Planungsverfahren, wie der Regionalentwicklungsplan, sind alles andere als übersichtlich und in ihrer Wirkung kaum überschaubar. Zusammenfassende Darstellungen, die die Tragweite der Einzelentscheidungen deutlich machen, die Alternativen aufzeigen, sollten aus der Verwaltung heraus befördert werden.

Die Stadt Marburg ist inzwischen an vielen unterschiedlichen Unternehmen beteiligt und dabei zahlreiche Verpflichtungen eingegangen. Die Bürgerschaft für das Software Center ist dabei nur das aufsehenerregendste Beispiel. Nicht nur Stadtverordnete, sondern alle Marburger

und Marburgerinnen sollten in komprimierter Form die Chance haben, sich über diese Beteiligungen zu informieren.

## Mehr direkte Demokratie wagen

Wichtige Aspekte der Stadtentwicklung sind in den letzten Jahren auf heftigen Widerspruch gestoßen. Dazu zählen vor allem die Projekte am Biegeneck, am ehemaligen Schlachthofgelände und am Mensaohr. Kontroversen gab und gibt es auch in der Verkehrspolitik.

Dies ist ein Ausdruck davon, dass auch die Marburger Kommunalpolitik oft sehr abgehoben funktioniert und die Sache einiger BeamtenInnen, hauptamtlicher PolitikerInnen, VertreterInnen von Interessensverbänden und von wenigen Stadtverordneten ist. Die gesetzlich vorgeschriebene Minimalbeteiligung der BürgerInnen (Offenlegung von Bebauungsplänen, Widerspruchsmöglichkeit usw.) führt zu keiner wirklichen Einmischung. Die Kommunalpolitik leidet an mangelnder Transparenz, Zentralisierung und ungenügender Information der Bevölkerung.

Die PDS/Marburger Linke fordert:

- Die Entscheidungs- und Mitwirkungsrechte der BürgerInnen müssen erheblich ausgeweitet werden.

Zu einem solchen Konzept könnten bei wich-

tigen Projekten repräsentative Befragungen gehören, sowie die Bildung von themen- und planungsgebietsorientierten Arbeitsgruppen, und regelmäßige Veranstaltungen und BürgerInnenversammlungen zum Auftakt und zum Ende des Planungsprozesses. Anschließend soll im Parlament über die Vorschläge der BürgerInnen entschieden werden.

Dieses Verfahren könnte nicht nur bei Fragen der Stadtentwicklungs- und Verkehrspolitik praktiziert werden, sondern auch bei der Haushaltsplanung.

Da aber zu befürchten ist, dass – wie es im Falle des Verkehrsforums geschehen ist – zwar den allgemeinen Zielen zugestimmt wird, die konkrete Umsetzung aber auf der Strecke bleibt, sind andere Möglichkeiten der direkten Demokratie und der Mitentscheidung zu verstärken:

- Das BürgerInnenbegehren sollte durch Senkung der Anzahl der notwendigen Unterschriften von 10 % auf 5 % erleichtert werden. Außerdem sollten Abstimmungen in einzelnen Stadtteilen möglich sein, wenn es sich um Belange nur dieses Stadtteils handelt;
- Antrags- und Rederecht in den Ausschüssen und im Stadtparlament für Vertretungen verschiedener Bevölkerungsgruppen: Ausländerbeirat, Kinder- und Jugendparlament, Seniorenbeirat, Behindertenbeirat, AStA, bei sie betreffenden Tagesordnungspunkten;
- Anträge müssen im Parlament behandelt werden, wenn sie von 2 % der wahlberechtigten BürgerInnen durch ihre Unterschrift unterstützt werden;
- BürgerInnenversammlungen müssen regelmäßig (mindestens einmal im Jahr) in allen Stadtvierteln stattfinden. Außerordentliche Versammlungen können von 2 % der Wahlberechtigten des Viertels beantragt werden. Ihre Durchführung muss vorher stärker öffentlich bekannt gemacht werden.

Außerdem ist eine stärkere Dezentralisierung der kommunalen Entscheidungen notwendig. Ortsbeiräte und Ortsvorsteher sind weitgehend machtlos, und umgekehrt wissen viele Stadt-

verordnete oft nicht, worüber sie überhaupt abstimmen, wenn sie eine Entscheidung über Belange eines ihnen kaum bekannten Stadtteils treffen sollen. Die Einrichtung eines Ortsbeirates für Ockershausen und den Stadtwald war ein Schritt in die richtige Richtung.

Die PDS/Marburger Linke fordert:

- Einrichtung von Ortsbeiräten in allen Stadtteilen. Die verschiedenen Stadtteilgemeinden und -vereine sind hierfür kein Ersatz, da sie wenig repräsentativ sind;
  - Erweiterung der Kompetenzen der Ortsbeiräte und Bereitstellung eigener Finanzen.
- Darüber hinaus verlangt die PDS/Marburger Linke die Ausweitung des Wahlrechtes auf weitere Bevölkerungsgruppen durch
- Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre und
  - Einführung des Wahlrechtes für alle AusländerInnen.

---

## Nazis keine Chance

Rechtsextremisten und Neonazis haben in Marburg einen schweren Stand. Auch im Jahr 2001 werden sie nicht zu den Kommunalwahlen kandidieren. Bei ihren gelegentlichen Aufmärschen müssen sie vor allem auf ihre AnhängerInnen im Umland zurückgreifen. Dennoch ist es notwendig allseits vorzubeugen, denn auch in Marburg gibt es einen rechtsextremen Bodensatz. Bei den letzten Kreistagswahlen im Jahre 1997 erzielten die Republikaner auf dem Gebiet der Stadt Marburg einen Anteil von 4 %.

Der Streit um den Marktfrühschoppen und die Wehrmachtsausstellung zeigten, dass konservative Kreise (von Soldatenverbänden) über die CDU bis hin zum Oberbürgermeister) nicht nur die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus scheuen, sondern ihm teilweise sogar Vorschub leisten.

Die PDS/Marburger Linke fordert deshalb:

- Die Volkshochschule, das Haus der Jugend, die Stadtjugendpflege und alle anderen Bildungsträger sollen, in Zusammenarbeit

# Gegen Faschismus und Rassismus

Auseinandersetzung mit alten und neuen Nazis und Engagement gegen Krieg und Menschenrechtsverletzungen sind ein Markenzeichen der PDS/Marburger Linke. 13 Anträge, von denen sieben erfolgreich waren, befassten sich mit diesen Themen.

Nach heftigem Streit wurde 1998 der Alfred-Demnitz- in Rotdorn-Weg umbenannt. Unter Leitung von Demnitz hatten die Behringwerke Impfstoffe im KZ testen lassen.

Eine lange Auseinandersetzung gibt es auch zum Marktfrühschoppen. Hier stört weniger, dass zum Fest der „Marburger mit ihren Studenten“ nur die kleine Minderheit der Korporierten erwünscht ist, sondern dass auch rechtsradikale Burschenschaften geduldet werden. Die jahrelangen Proteste haben dazu

mit der Stadt, sicherstellen, dass über die Entstehungsbedingungen und die Verbrechen des Faschismus in Deutschland informiert wird.

- Auch wenn es derzeit noch keine überzeugende Antwort auf die Frage gibt, wie Marburg mit der Ausbeutung von ZwangsarbeiterInnen durch die Kommune umgehen soll, muss weiter nach einer Lösung gesucht werden, damit Marburg sich nicht aus der Verantwortung stiehlt – wie immer andere Gemeinden dies handhaben werden.
- In Zusammenarbeit mit der jüdischen Gemeinde muss umgehend eine Lösung für deren Raumnöte gesucht und zügig umgesetzt werden. Damit würde die Stadt einer ethischen Verpflichtung nachkommen, die durch die verbrecherische Zerstörung der Synagoge in der Universitätsstraße durch Marburger SA-Leute 1938 entstanden ist.
- Durch Informations- und Kulturveranstaltungen soll das Kulturamt dazu beitragen, den Rassismus gegen Sinti und Roma zu bekämpfen.
- Die Erarbeitung und Herausgabe der Marburger Stadtschriften soll – ungeachtet des

geführt, dass auf Antrag der PDS/Marburger Linke, die Stadt den Marktfrühschoppen weder veranstaltet noch unterstützt.

Auf Initiativen der linken Fraktion hin wurde 1998 der Bücherverbrennung von 1933 und wird jährlich im März der Deportation der Marburger Sinti und Roma gedacht.

Zweimal wurden Dringlichkeitsanträge gegen die Abschiebung von Flüchtlingen gestellt. Im Falle einer armenischen Familie scheiterte dies. Im Dezember 2000 hingegen forderte das Parlament den Magistrat auf, sich für den Verbleib einer 18-jährigen Bosnierin einzusetzen.

1998 konnten 20.000 DM für Hurrikanopfer in Mittelamerika aus dem Stadthaushalt bereitgestellt werden.

Personalwechsels im Presseamt – fortgesetzt werden. Dabei muss die Entstehung, die Auswirkungen und die Aufarbeitung des Faschismus in dieser Stadt weiterhin einen wichtigen Schwerpunkt bilden.

- Die Initiativen, in denen sich BürgerInnen aktiv gegen Rassismus und Faschismus engagieren, müssen künftig von der Stadt finanziell unterstützt werden.

## Internationale Verantwortung

Dass aus der Erde tatsächlich eine Welt wird, beweisen nicht nur die zunehmenden Handels- und Finanzströme, internationale Flucht- und Wanderbewegungen sowie zunehmende Klimakatastrophen. Sie ist allerdings eine Welt mit sehr ungleichen Lebenschancen für die Menschen.

Trotz der Erkenntnis, dass nur eine nachhaltige Entwicklung und weltweite soziale Gerechtigkeit die Zukunft der Menschheit sichern

können, wächst die Kluft zwischen Nord und Süd und zwischen Arm und Reich in beiden Erdhälften. Sozialabbau und Rückgang der Entwicklungshilfe gehen Hand in Hand. Multinationale Konzerne und wenige hundert Milliarden häufen immer mehr Vermögen auf Kosten der Mehrheit der Menschen an. Um diese Weltordnung abzusichern wird nicht nur über Weltbank und IWF Druck auf widerspenstige Staaten ausgeübt, sondern zuweilen auch – wie in Jugoslawien – militärisch kurzer Prozess gemacht.

Die PDS/Marburger Linke tritt dafür ein, dass die Stadt Marburg sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten für eine sozial gerechtere, ressourcenschonende und friedliche Weltordnung engagiert. Wir schlagen vor:

- dass im Stadthaushalt nicht nur regelmäßig ein Beitrag für Katastrophenhilfe eingestellt wird, sondern ebenfalls mindestens 50.000 DM zur Förderung nachhaltiger Entwicklung in Ländern der Dritten Welt;
- dass das Fahrradprojekt, das die Lieferung

gebrauchter und durch Integral aufbereiteter Räder nach Cuba und Tunesien (Sfax) beinhaltet, stärker von der Stadt unterstützt wird. In Marburg aufgefundene Fahrräder sollen in Zukunft nicht mehr alle versteigert werden, sondern zum Teil diesem Projekt zur Verfügung gestellt werden;

- dass die Stadt beim Bezug von Waren aus der Dritten Welt, fair gehandelten Produkten den Vorzug gibt;
- dass die Marburger Friedensinitiativen von der Stadt finanziell unterstützt werden, damit bei einer weiteren Beteiligung Deutschlands an einem Angriffskrieg eine Gegenöffentlichkeit zur Regierungspropaganda geschaffen werden kann;
- dass die geplante Patenschaft der Stadt Marburg für ein Schiff der Bundesmarine aufgegeben wird;
- dass die Stadt die Einrichtung eines Eine-Welt-Zentrums mit ausreichenden Mitteln unterstützt.

**Coupon**

Einsenden an: PDS/Marburger Linke, Weidenhäuser Straße 78-80,  
35037 Marburg, **Fax:** 163873

**Ja, ich will**

- \_\_\_ Exemplare des Kommunalprogramms der PDS/Marburger Linke
- die PDS-Zeitung NEUES MARBURG regelmäßig bekommen
- zu Treffen der PDS/Marburger Linke eingeladen werden
- Mitglied der PDS werden

Name

Vorname

Straße

Ort

Datum

Unterschrift



Stadtverordnete Henning Köster, Nico Biver, Pia Maier und Eva Chr. Gottschaldt

Die PDS/Marburger Linke ist ein kommunalpolitisches Bündnis aus Einzelpersonen und der PDS. Sie ist seit 1997 mit vier Stadtverordneten im Parlament vertreten:

**Eva Chr. Gottschaldt,**

Fraktionsvorsitzende, Sozialpolitik, Tel. 961961, Fax 961960

**Henning Köster,** Stadtentwicklung, Kinder- und Jugendpolitik, Tel. 65752

**Pia Maier,** Haushalt, Umwelt, Tel.. 0177-3029285

**Nico Biver,** Verkehrspolitik, Tel. 681506

**Fraktionsbüro:** Weidenhäuser Str. 78-80, 35037 Marburg, Tel./Fax: 163873, Bürozeiten Mo.-Do., 12-19 Uhr

Internet: [www.pds-marburger-linke.de](http://www.pds-marburger-linke.de)

E-mail: [marburger.linke@pds-marburger.de](mailto:marburger.linke@pds-marburger.de)

**Offenes Plenum,** Donnerstags, 20.00 Uhr, Fraktionsbüro

**PDS** Marburger Linke

**Spendenkonto:** PDS, Konto-Nr.. 53 12 43, Marburger Bank, BLZ 53 39 00 00



# Eine sichere Wahl

Um der FDP einen Gefallen zu tun, hat die hessische Landesregierung die Fünf-Prozent-Hürde ersatzlos gestrichen. Dadurch können Sie sicher sein, dass die PDS/Marburger Linke auf jedem Fall im Marburger Parlament vertreten sein wird. Wir gehen ohnehin davon aus, dass wir unsere Stimmenzahl noch erhöhen werden. Ähnlich problemlos wird auch die PDS-Liste, die zum Kreistag kandidiert, Sitze gewinnen können.

Durch das neue Wahlrecht ist es jetzt möglich, einzelne KandidatInnen auf unterschiedlichen Listen zu wählen (panaschieren) oder ihnen bis zu drei Stimmen zu geben (kumulieren). Das hört sich ziemlich kompliziert an. Aber wenn Sie sich entscheiden sollten, PDS/Marburger Linke zu wählen, können Sie es sich ganz einfach machen:

Sie kreuzen einfach unsere Liste an und ge-

ben damit alle 59 Stimmen, die Sie zur Verfügung haben, unseren 34 KandidatInnen. Die Plätze 1-25 erhalten dann zwei Stimmen und die letzten neun jeweils eine Stimme. Wenn Sie bestimmte Personen auf unserer Liste besonders unterstützen wollen, können Sie an diese gerne noch drei Kreuze zusätzlich vergeben. Wenn Sie jemand bei uns partout nicht mögen, können Sie ihn oder sie auch streichen.

Was Sie dann jedoch nicht machen dürfen, ist zusätzlich eine weitere Liste anzukreuzen. Da dann nicht mehr zu erkennen ist, welche Parteien Sie unterstützen wollen, sind nur noch die Stimmen, die Sie einzelnen KandidatInnen gegeben haben, gültig.

## Liste 6 PDS/Marburger Linke

## Soziale Alternativen stärken!



Großveranstaltung  
mit dem neuen Fraktionschef der  
PDS im Bundestag

## **Roland Claus**

und SpitzenkandidatInnen der  
PDS/Marburger Linke

**Do., 1. März, 20 Uhr**

**Software-Center**

(ehem. große Jägerkaserne)

## Barrieren beseitigen

Alternativen in der Behindertenpolitik

## **Ilja Seifert**

behindertenpolit. Sprecher der PDS  
im Bundestag

**Mi., 21. Feb., 20 Uhr**

**Software-Center**

## Der städtische Raum - keine Männerdomäne!

## **Dr. Bärbel Grygier**

Bürgermeisterin für die PDS des  
Berliner Ost-West-Bezirks  
Friedrichshain-Kreuzberg

**Do., 8. März, 18 Uhr**

**Software-Center**

